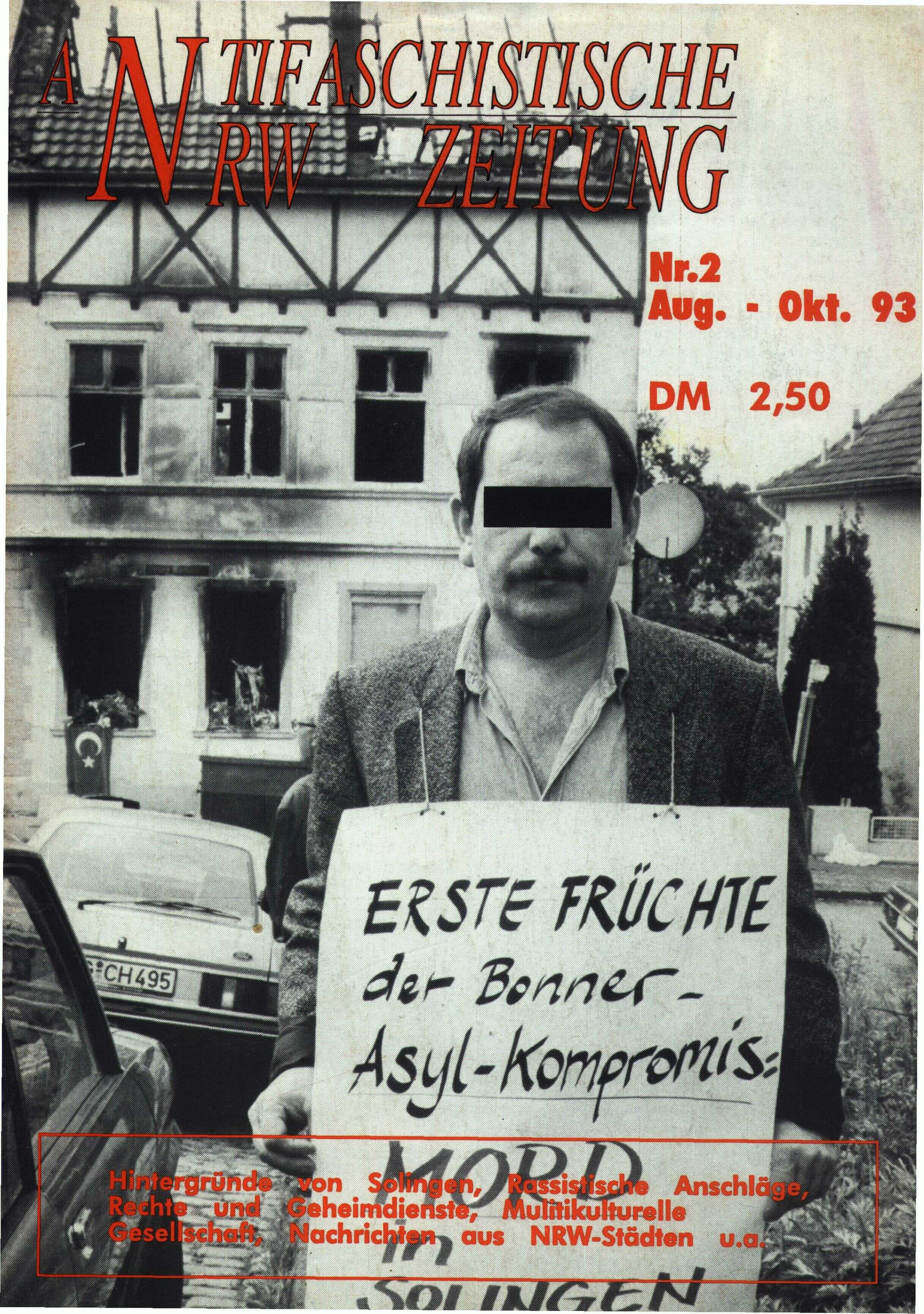

ANTIFASCHISTISCHE
NRW ZEITUNG
Nr.2
Aug. - Okt. 93
DM 2,50
ERSTE FRÜCHTE
der Bonner-
Asyl-Kompromis:
MORD
Hintergründe von Solingen, Rassistische Anschläge,
Rechte und Geheimdienste, Mulitikulturelle
Gesellschaft, Nachrichten aus NRW-Städten u.a.

EDITORIAL

Die "Antifaschistische Zeitung NRW" erscheint nun zum zweitenmal und das mitten in der Sommerpause. Schwerpunkt der aktuellen Ausgabe ist der erneut eskalierte rassistische Terror, der mit dem Anschlag in Solingen einen traurigen Höhepunkt erreichte. Das Aufflammen der mörderischen Anschläge fand nur wenige Tage nach der "Modifizierung des Asylrechts" im Bonner Bundestag statt. Neonazistische Gewalttäter scheinen sich ermutigt zu fühlen, eine neue Runde des Terrors einzuläuten.

Neben den obligatorischen Städte-Meldungen setzen wir uns diesmal im weiteren mit der "Multikulturellen Gesellschaft" und den Verbindungen von Geheimdiensten und Rechtsextremisten auseinander.

Geändert haben sich leider unsere Abobedingungen. Mit dem in der letzten Ausgabe veröffentlichten Abo-Preis haben wir uns verschätzt, so daß wir die Kosten pro Ausgabe noch mal um eine Mark erhöhen mußten. Verantwortlich dafür sind die hohen Portokosten. Abos, die bis zum Erscheinen dieser Ausgabe bestellt wurden, laufen selbstverständlich zu den alten Konditionen weiter.



Impressum

VisdP: P. Schultze
Kontakt:
Antifaschistische Zeitung NRW
c/o Infoladen
Brunnenstr.41
5600 Wuppertal 1

Bankverbindung:
Geschichtswerkstatt Dortmund, Stichwort NRW
Konto-Nr.: 301.0375.603
BLZ: 441 600 14
Bank: Dortmunder Volkbank

Auflage: 1.000
Erscheinungsweise: vierteljährlich
Diese Ausgabe ist unter finanzieller Mithilfe des AStA der Uni Dortmund entstanden.

Abobedingungen:
Wegen ab April 93 erhöhten Portokosten kostet ein Jahresabo 16 DM, also 4 DM pro Ausgabe. Bestellungen bitte an o.g. Kontaktadresse. Zahlungen bitte an o.g. Konto oder in Bargeld, Scheck oder Briefmarken an o.g. Kontaktadresse.

INHALT

Editorial 2
Impressum 2
Inhalt 2

Rassistischer Terror

Der Staat läßt die Rechten gewähren 3
Solingen - Einzeltäter oder organisierte Neonazis? 5
Ausbildung und Saalschutz: Der DHKKV 7
Chronologie der Solinger Ereignisse 10
Mordanschlag in Hattingen 13
Rassistische Anschläge in NRW 16

Hintergrund

Geheimdienste und die organisierte Rechte 18
Das Konzept "Multikulturelle Gesellschaft" 21

Kurzmeldungen aus NRW-Städten

Bonn 23
Dortmund 23
Düsseldorf 24
Essen 26
Hagen 26
Koblenz 28
Köln 28
Velbert 33
Niederrhein 34
Ostwestfalen 35
Wuppertal 36

Der Staat läßt die Rechten gewähren

Bonn, 26. Mai: Mit mehr als zwei Drittel der Stimmen der Bundestagsabgeordenten beschloß der Deutsche Bundestag eine drastische Einschränkung des Asylrechts, wie sie drei Jahre zuvor von den Republikanern in ihrem damaligen Parteiprogramm gefordert wurde.

Die Rechtsaußen, die mittlerweile wie Teile der CDU/CSU Ende letzten Jahres die völlige Abschaffung des individuellen Rechts auf politisches Asyl fordern, traten damals für eine Gesetzgebung ein, die jetzt vom Bundestag verwirklicht wurde. 1990 forderten die REPs unter anderem eine deutliche Beschleunigung des Asylverfahrens, eine Ablehnung des Asylantrags bei einem vorherigen Aufenthalt in einem Staat, in dem es keine politische Verfolgung gibt sowie die Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften mit Verpflegung in Form von Sachleistungen. Dies sind genau die Kernpunkte des neuen Asylverfahrensgesetzes.

In Sachen Asylrecht fahren Republikaner und bürgerliche Parteien mit zeitlicher Verzögerung den gleichen Kurs. Immer wieder, wie zuletzt im westfälischen Hagen, krähen auch Sozialdemokraten "das Boot ist voll". Die Wirkung ihrer auf rechte Wählerschichten ausgerichteten Stammtischparolen ist nicht zu übersehen. Die Welle der Gewalt gegen Flüchtlinge und ImmigrantInnen ist ungebrochen.

Die Welle der Gewalt geht weiter, die Rechten sind längst dabei, neue Ziele anzugreifen. Waren es bislang vorwiegend Flüchtlinge, die von Neofaschisten terrorisiert wurden, so werden nun nach der weitgehenden Einschränkung des Asylrechts verstärkt ImmigrantInnen von den Knochenköpfen angegriffen. Ein erstes Ziel haben die Rechten erreicht. Das im europäischen Vergleich liberalste Asylrecht ist liquidiert, jetzt sind die "Ausländer" dran. Nur 72 Stunden nach der Debatte zur Abschaffung des Asylrechts schlugen sie bundesweit zu: In Solingen, Berlin, München, Recklinghausen und Heppenheim bei Frankfurt.

Die Rechnung einiger Politiker, nach der weitgehenden Abschaffung des Asylrechts würde der rechte Terror abnehmen, ging nicht auf. Der ehemalige Innenminister Schäuble behauptete, der rechte Terror sei ein Indiz für eine Besorgnis in weiten Teilen der Bevölkerung über Zuwanderung nach Deutschland. Dem ist nicht so. Der Terror läßt sich nicht durch den Aufbau unüberwindbarer Grenzen um Europa



Transparent auf antifaschistischer Demo in Solingen

bekämpfen, wie Schäubles Nachfolger Seiters es versuchte. Terror ist ein kontinuierlicher Bestandteil faschistischer Politik, die Opfer sind austauschbar.

So kündigte der Hamburger Nazi-Rechtsanwalt Jürgen Rieger vor etwa einem halben Jahr vor laufenden Kameras an, daß nach Verboten von neofaschistischen Gruppen ein rechter terroristischen Untergrund entstehen würde, der gegen kleine Leute vorgeht, oder gegen JournalistInnen...

Das zweite neue Ziel der militanten Rechten sind AntifaschistInnen. Wie jedes Jahr trafen sich auch im August 1992 mehrere tausend Rechte aus ganz Europa in Diksmuide, Belgien, wo sie einen nationalen Gedenktag der Flamen feierten. Bei dem letzjährigen Treffen gab es, wie die internationale antifaschistische Zeitschrift "searchlight" berichtete, eine Arbeitsgruppe zur Vorbereitung eines "Gegenschlags" gegen die Linke. Kurz darauf entstanden in der gesamten Bundesrepublik sogenannte Anti-Antifa-Gruppen, die Antifaschistinnen, Gewerkschafter, Lehrerinnen, Kommunalpolitiker und Journalistinnen terrorisieren. Zentrale Figuren der Anti-Antifa-Gruppen sind Christian Worch von der Nationalen Liste aus Hamburg, der schon vor den Pogromen in Hoyerswerda den Aufbau der Nazi-Gruppen im Osten betrieb und mit ihnen ein verstärktes Vorgehen gegen "Ausländer" absprach, sowie Norbert Weidner von der FAP in Bonn.

Auftritt des "Bundesgrenzschutz" in Solingen

Auch bei dem Brandanschlag in Solingen deutet einiges auf einen abgesprochenen Terrorakt hin. Zum einen wurden bundesweit in verschiedenen Städten gleichzeitig Anschläge ausgeübt, zum anderen sind die Nazi-Terroristen bei der Ausführung der Anschläge anders vorgegangen als in den Monaten zuvor. Die Glatzen werfen mittlerweile nicht mehr so häufig mit Molotow-Cocktails auf die Häuser ihre Opfer, sie dringen gezielt in die Häuser ein und legen an zentralen Stellen tödliche Feuer.

Politiker und Behörden versuchen zu verharmlosen, zu verschweigen und die Hintermänner des Terrors zu dekken. Funktionäre der Stadt Solingen verschwiegen nach dem Brandanschlag die Existenz einer rechten Szene in der Klingenstadt. Innenminister Seiters behauptete zwei Tage nach dem Brandanschlag in Kopenhagen: "Es gibt keinen Hinweis auf überregionale Strukturen des Rechtsextremismus - den gibt es ja nocht nicht einmal in Deutschland...". Er sprach gleichzeitig eine Warnung aus "an alle Chaoten, an alle Autonomen", die die Bekämpfung des rechten Terrors nicht einem Innenministers überlassen wollen, der die Nazis verschweigt.

Kanzleramtsminister Bohl, der anstelle des zeitweise verschwundenen Bundeskanzlers Stellungnahmen gegenüber der Presse übernahm, bereitete nach der Abschaffung des Asylrechts den zweiten Coup der Neuen Rechten auf der politischen Bühne vor. In der Frage der doppelten Staatsbürgerschaft beharrte er wie zuvor der Kanzler auf der Entscheidung für einen Paß, mit der Begründung, dies würde der Identität der betroffenen Person förderlich sein. Hier schwingen Forderungen der neuen Rechten mit, die schon seit Jahren von "Nationaler Identität" faseln. Gleichzeitig ließ es es sich nicht nehmen, noch einmal gegen Flüchtlinge zu hetzen. 98% würden sich zu Unrecht auf das Asylrecht berufen, verkündigte er zwei Tage nach dem Brandanschlag in Solingen. Ein strammer Rechter im Ministeramt.

Solingen: Einzeltäter oder organisierte Neonazis?

Fünf junge Türkinnen, darunter drei Kinder starben am frühen Morgen des 29. Mai in Solingen nach einem Brandanschlag auf ihr Wohnhaus. Die Polizei präsentierte innerhalb einer Woche vier mutmaßliche Täter. Abgeschlossen sind jedoch weder die Ermittlungen der BKA-Sonderkommission "Sole", noch sind die zahlreichen Ungereimtheiten am bisherigen Erkenntnisstand ausgeräumt.

Nach offiziellen Informationen sah der Ablauf des Brandanschlags folgendermaßen aus: Die Jugendlichen Markus Gartmann(23), Felix Köhnen(16) und Christian Buchholz(20) kommen gegen Mitternacht bereits stark angetrunken an der Gaststätte "Schlagbaumer Hof" vorbei. Dort wird gerade ein Polterabend gefeiert. Die Gäste wollen die Nazi-Skinheads nicht mitfeiern lassen. Sie werden von zwei Jugoslawen und dem Wirt herausgeworfen, die Jugoslawen werden von den Nazis als Türken "identifiziert". Draußen treffen sie dann zufällig den ihnen angeblich nur flüchtig bekannten Christian Reher. Reher, der in der Gruppe akzeptiert werden will, fängt an gegen Türken zu hetzen. Er macht den Vorschlag, das Haus der Familie Genc anzuzünden. Alle vier gehen zu einer nahegelegenen Tankstelle und kaufen einen Kanister Benzin. Anschließend gehen sie zur Unteren Wernerstraße 81. Die Haustür ist nicht verschlossen. Reher und Köhnen gehen ins Haus, übergießen eine im Flur stehende Holztruhe mit dem Benzin und zünden sie gegen 1.30 Uhr mit einer brennenden Zeitung an. Die beiden Älteren, Gartmann und Buchholz, stehen draußen Schmiere. Sie rennen weg, als der Brand beginnt, werden dabei aber von Nachbarn beobachtet. Gegen 1.42 wird die Feuerwehr alarmiert und ist fünf Minuten nach Ausbruch des Brandes vor Ort. Sie kann das Leben der fünf jungen Türkinnen nicht mehr retten.

Offene Fragen

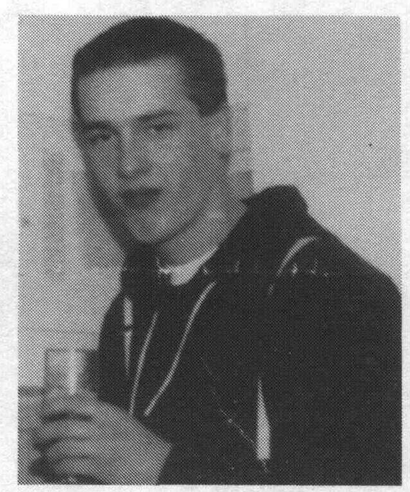
Nach der offiziellen Schilderung entsteht das Bild eines spontan, eher zufällig und vor allem unter starkem Alkoholeinfluß ausgeführtem Anschlags haßerfüllter Jugendlicher. Die Täter kannten sich teilweise nur flüchtig. Eine Verbindung zum organisierten Rechtsextremismus wird von der Bundesanwaltschaft, die sich die "Pressehoheit" zum Fall gesichert hatte, bestritten. Die Verhafteten seien "Nachahmungstäter von Mölln". Eine geplante Tat, die Teil einer politischen Strategie ist, scheidet hiernach völlig aus. Allerdings existieren Zeugenaussagen, die der o.g. Darstellung völlig widersprechen. Sie führen zu dem Schluß, daß der genaue Hergang der Tat nicht als geklärt betrachtet werden kann. Auch zeigen sie die Möglichkeit auf, daß der Anschlag nicht "spontan" entstanden ist.

Der Großteil der Rekonstruktion des Tathergangs stützt sich auf die Aussagen von Christian Reher. Außer ihm gab nur Markus Gartmann den Anschlag zu, wiederrief dann, um später erneut ein Geständnis abzulegen. Seine Aussagen sollen die von Reher im großen und ganzen bestätigen. Köhnen und Buchholz schweigen sich zur Tat aus. Aus dem Bekanntenkreis der Verhafteten kommen Aussagen, die mit der offiziellen Schilderung nicht in Einklang zu bringen sind. So sollen Köhnen, Gartmann und Buchholz zu der Hochzeitsfeier im Schlagbaumer Hof eingeladen gewesen sein. Es habe auch keinen Streit mit Ausländern sondern untereinander (!) gegeben. Darüberhinaus bestreitet Felix Köhnen, Christian Reher überhaupt zu kennen.

Eine andere Zeugin hat am Abend des Anschlags zwischen 0 Uhr und 0.30 Uhr, also etwa eine Stunde vor dem Anschlag, nicht weit vom Tatort entfernt eine Gruppe von etwa 15 bis 20 jungen Männern in Bomberjacken an der BP-Tankstelle an der Schlagbaumer Straße beobachtet. Die Polizei geht davon aus, daß es sich dabei um Rechtsextremisten gehandelt hat. Interessant ist, daß diese Gruppe Autos mit auswärtigen Kennzeichen (Düsseldorf und Wuppertal) fuhr. Die Präsenz einer größeren Gruppe Rechtsradikaler



Christian Reher



Christian Buchholz

in Solingen könnte mit einem Prozeß zusammenhängen, der am Vormittag gegen ein Mitglied der autonomen Szene eröffnet wurde. Dieser war angeklagt ein Mitglied des rechten Ordnertrupps DHKKV bei einer antifaschistischen Demonstration schwer verletzt zu haben. Der Polizei lagen Erkenntnisse vor, daß Rechtsextremisten aus Solingen und Umgebung zu dem Prozeß mobilisierten.

Der verheerende Anschlag vom 29. Mai war nicht der erste Übergriff zu dieser Zeit. Bereits in der Woche vor dem Anschlag kam es in Solingen zu einer ungewohnten Häufung von antitürkischen Angriffen. Vor einer Moschee wurde die Holzbrüstung in Brand gesteckt, ein türkisches Lebensmittelgeschäft und das Versammlungslokal eines türkischen Vereins wurden mit Steinen beworfen. Auch die Familie Genc hatte bereits Drohungen erhalten. Skinheads, die sich im nahegelegenen Park "Bärenloch" trafen (unter ihnen auch zumindest einige der Verhafteten), drohten: "Ihr werdet brennen wie die Juden". Der als erster verhaftete Reher äußerte noch wenige Tage vor dem Anschlag die Absicht, das Haus in der Unteren Wernerstraße abzubrennen: "Wir haben uns dieses Haus schon genau angeschaut. Es wird bald abgefackelt". Merkwürdig ist auch, daß sich nach offizieller Darstellung kein Bediensteter der Tankstelle an vier angetrunkene Nazis, davon mindestens zwei im Skinhead-Outfit, erinnern kann, die einen Kanister Benzin kauften.

Bleibt noch die chronologische Nähe zu anderen ausländerfeindlichen Anschlägen, die in der Nacht zum 29.05. in der Bundesrepublik ausgeführt wurden, zu erwähnen. Diese lassen an der "Spontaneität" des Anschlags weitere Zweifel aufkommen.

Kontakte zum Rechtsextremismus

Auch über das Verhältnis der vier Tatverdächtigen zueinander existieren widersprüchliche Darstellungen. Das Solinger Tageblatt berichtet am 7. Juni, die Inhaftierten kennten sich seit Jahren. Sie haben regelmäßig sich regelmäßig am gemeinsamen Treffpunkt Grillplatz Bärenloch getroffen. Dem widersprechen Aussagen, die mutmaßlichen Täter haben sich nur "flüchtig" oder "gar nicht" (Köhnen) gekannt. Fakt ist, daß alle vier in der Kampfsportschule des einschlägig bekannten Bernd Schmitt verkehrten. Köhnen, Gartmann und Buchholz haben dort regelmäßig am Training teilgenommen. Reher hatte sich zumindest dort angemeldet, über seine Teilnahme am Training existieren widersprüchliche Aussagen.

Der DHKKV - Die Fäden laufen zusammen?

Bernd Schmitts Kampfsportschule "Hak-Pao" ist unter den Namen DHKKV (Deutscher Hochleistungskampfkunst-Verband) bzw. DKI (Deutsche Kampfsportinitiative) als Ausbildungseinrichtung und Saalschutz für Rechtsextremisten bekannt (siehe ausführlichen Artikel in Antif. Zeitung NRW, Mai 93). Zeitweilig fand dort jeden Freitagabend getrennt vom öffentlichen Trainingsbetrieb ein "Nahkampftraining" statt, das von Rechtsextremisten aus mehreren Städten besucht wurde. Ausländer waren dabei nicht zugelassen. Trainiert wurde in Tarnklamotten mit Messern, Knüppeln und anderen Utensilien. Nach Berichten des antifaschistischen Nachrichtenmagazins "Germany Alert" war Schmitts DHKKV spätestens seit August 1992 eine Unterorganisation der Nationalistischen Front. Auf dem Parteitag in Kremmen/Brandenburg sei beschlossen worden, die Kampfsportgruppe als Ersatz für das zuerst geplante "Nationale Einsatzkommando" (NEK) einzuspannen. Der DHKKV sollte aus Angst vor Repression seine formelle Eigenständigkeit behalten. Nach Informationen aus dem inneren Kreis hatte der DHKKV bundesweit etwa 400 Mitglieder. Voraussetzung für

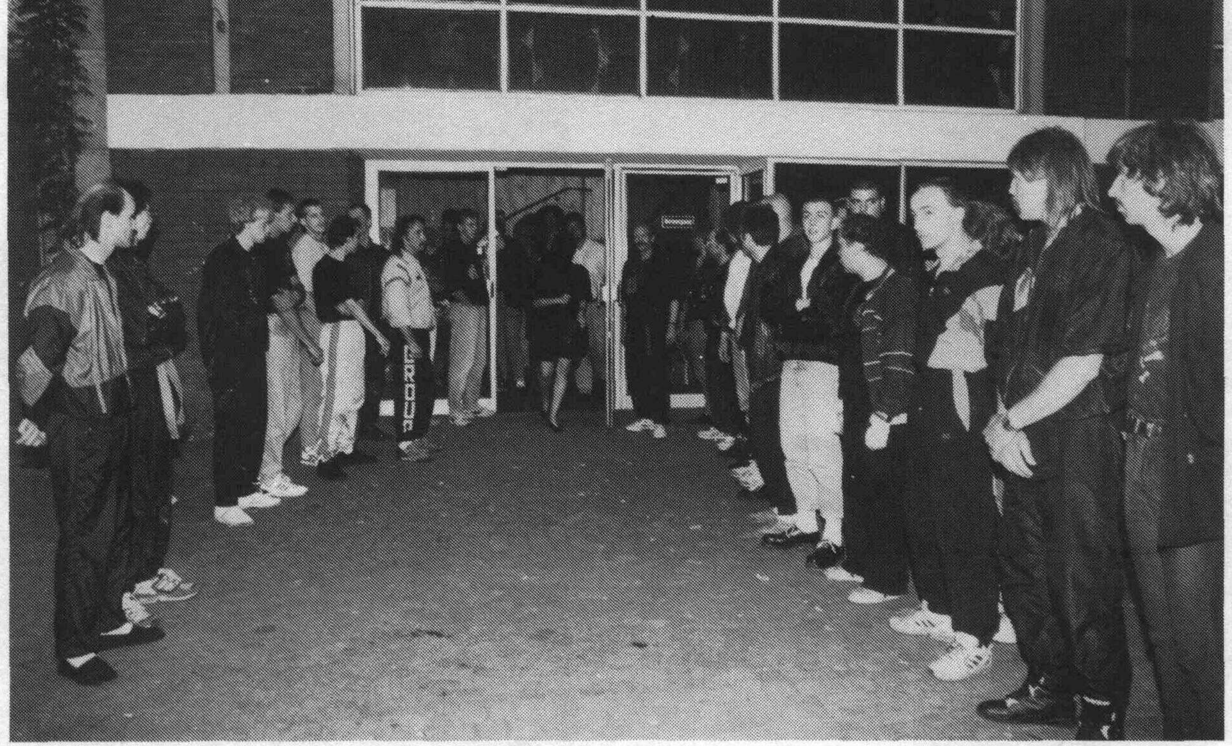
eine Mitgliedschaft waren weniger sportliche Qualitäten als eine "nationale Einstellung". Bernd Schmitt entschied angeblich allein über die Aufnahme. Die Führung des DHKKV stellten neben Schmitt die in vielen Nazi-Organisationen aktiven Bernd Koch und Wolfgang Schlösser (siehe Antif.Zeitung NRW, Mai 93). Koch schildert die Situation beim DHKKV-Führungstrio kurz nach dem Anschlag folgendermaßen: "..da hat der Bernd Schmitt mich abgeholt.. raus, raus, raus, es geht jetzt gleich los... da hab' mal erst eine Nacht übernachtet bei einem anderen Kameraden...". Schmitt und Schlösser sind seitdem untergetaucht, die Kampfsportschule in Gräfrath, inzwischen fristlos gekündigt, ist geschlossen, nachdem DHKKV-Leute in einer Nacht- und Nebelaktion kistenweise Material hinausgeschleppt hatten. Bernd Koch selbst hat zugegeben, den 16jährigen Felix Köhnen "mit leichtem Propagandamaterial" anagitiert zu haben.

Von Bedeutung sein könnte der "Führungsstil" des untergetauchten Profilneurotikers Schmitt. Er, der sich mit zahlreichen Meistergraden schmückt, die er nie erworben hat und der mittlerweile aus fast allen Kampfsportverbänden rausgeflogen ist, in denen er Mitglied war, legte nämlich immer Wert darauf, ein ausgesprochenes Autoritätsverhältnis zu seinen Schülern aufzubauen. Für viele seiner Schüler mit labiler Persönlichkeit spielte Schmitt die Rolle des "Ersatz-Vaters". Beobachtungen von mehreren Bekannten Schmitts lauten übereinstimmend, daß zumindest einige seiner Schüler alles taten, was Schmitt wollte.

Weitere Spuren nach Rechts

Interessant wäre auch die Rolle von Brigitte Reher, der Mutter von Christian. Sie selbst hat Verbindungen ins rechtsextreme Spektrum. So hat sie noch Pfingsten am Treffen der "Sudetendeutschen Landsmannschaft" in Bayern teilgenommen. Ihr Freund Thomas Leck ist nach Informationen von "Germany Alert" mit führenden Mitgliedern der Düsseldorfer "Freien Wählergemeinschaft" (FWG) befreundet. Mutter und Freund sind ebenfalls untergetaucht. Mittlerweile räumen sogar die Ermittlungsbehörden Verbindungen der Verhafteten zu rechtsextremistischen Kreisen nach Köln und Düsseldorf ein, wie das Solinger Tageblatt am 14. Juni berichtete. Gesichert ist die DVU-Mitgliedschaft von Markus Gartmann, dessen Parteiausweis bei der Hausdurchsuchung gefunden wurde.

Ausbildung und Saalschutz: Der DHKKV



Security für die Deutsche Liga: Der DHKKV am 16.6.92 in Köln



Viktor Jamnitzky (Mitte mit Mütze)

Etwa 400 Personen aus dem nationalen Lager seien bundesweit im "Deutschen Hochleistungskampfkunstverband" organisiert. Das meint Bernd Koch zur rechten Saalschutztruppe mit Sitz in Solingen. Fakt ist, daß die Solinger Kampfsportschule des Bernd Schmitt in relativer kurzer Zeit zu einem Nazi-Zentrum geworden ist, das sportliche Ausbildung, Stammtischtreffen und nach Erkenntnissen des "Solinger Tageblatts" auch Wehrsportübungen in Wäldern verbindet. Die Kontakte der mutmaßlichen Täter von Solingen zum DHKKV und das äußerst verdächtige "Abtauchen" der Leiter bzw das Leerräumen der Schule bei "Nacht und Nebel" nach dem Anschlag ist für uns noch einmal Anlaß, uns das Umfeld der Schule genau anzusehen:

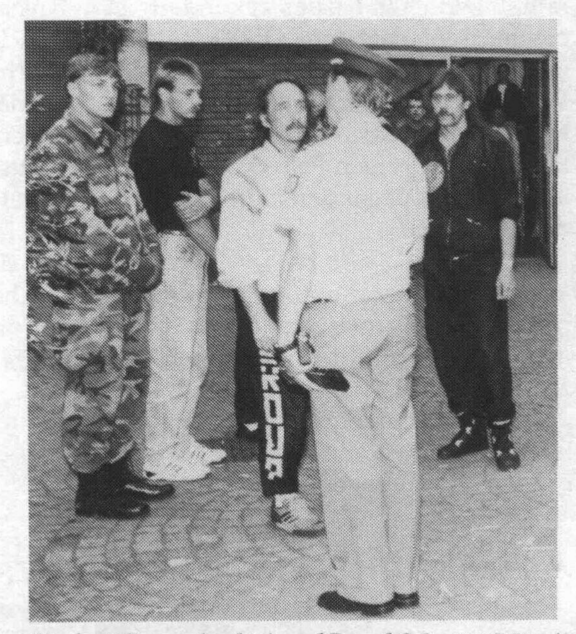
Im folgenden listen wir einige Personen auf, die an Saalschutz- oder Ausbildungsaktivitäten des DHKKV teilgenommen haben:

Bernd Koch, 42 Jahre aus Solingen.

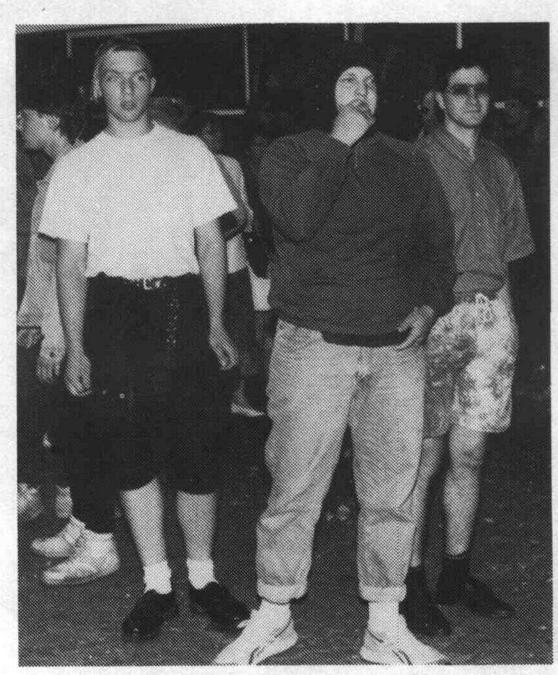
Koch ist seit Ende der siebziger Jahre im nationalen Sektor tätig. NPD, NSDAP/AO, BIFAS, FAP, Aktion Sauberes Deutschland, Bergische Front, "Freundeskreis Republikaner" und Deutsche Liga hießen seine Stationen. Im Mai 93 gründete er einen "Arbeitskreis Deutscher Interessen".

Wolfgang Schlösser 35 Jahre aus Solingen.

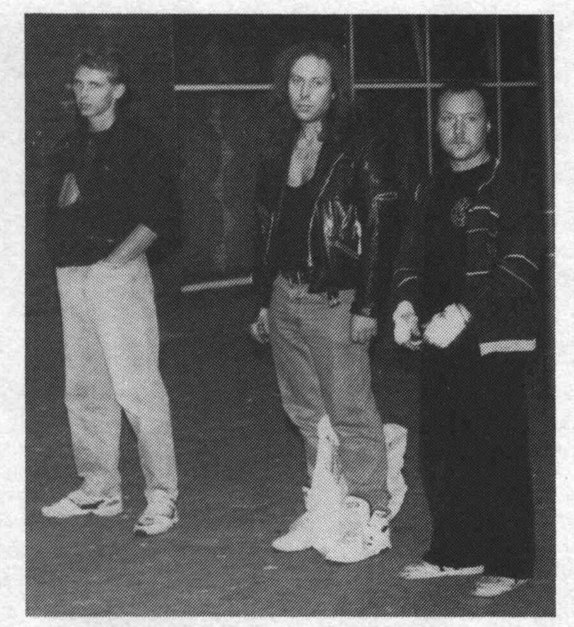
Seine "Karriere" verläuft seit der "BIFAS" fast genau analog zu der von Koch. FAP-Kreisvorsitzender und Ausrichter der Treffen der Bergischen Front waren zwei seiner Aufgaben. Er warb für den DHKKV unter dem Namen "Deutsche Kampfsportinitiative" in verschiedenen rechten Blättern. Seit dem Anschlag ist S. verschwunden.



Norbert Berger (rechts) und Bernd Schmitt (Mitte)



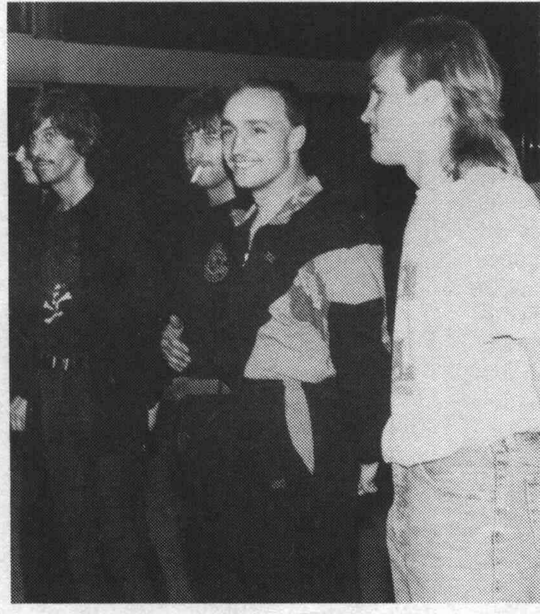
Sascha Wagner (mit Kapuze)



Stefan Jansen (li.) Wolfgang Schlösser (re.)



v.r.n.l.: Bernd Koch, Oberkinkhaus, Wagner



Lars Schoof aus Solingen (2.v.r.)

Viktor Jamnitzky, 23 Jahre aus Wuppertal

Auch Jamnitzky kann schon auf die Mitgliedschaft in vielen rechtsextremen Organisationen zurückblicken. Neben seiner Kandidatur auf der NPD-Reserveliste für die Kommunalwahl 1989, sind sein Engagement als Unterführer der Wiking-Jugend und seine Mitgliedschaft im Stahlhelm-Bund erwähnenswert. Zur Zeit ist Jamnitzky Mitglied der FAP.

Sascha Wagner aus Herzogenrath bei Aachen

Wagner engagiert sich in der NPD/JN. Darüberhinaus betreibt der Nazi-Skin einen T-Shirt-Vertrieb. Auch in der Aachener Hooligan-Szene ist Wagner kein Unbekannter. Am 4. Dezember 1992 lud er zu einem Liederabend mit dem WJ-Barden Frank Rennicke ein. Darüberhinaus ist er Kontaktperson für einen "nationalen Stammtisch im Raum Aachen", der in der neurechten "Jungen Freiheit" inseriert.

Helmut Oberkinkhaus aus Solingen

Oberkinkhaus photographierte Ende 1992 am Rande einer antifaschistischen Demo in Solingen. Als Antifa-Leute auf ihn aufmerksam wurden, flüchtete Oberkinkhaus und stürzte in eine Schaufensterscheibe, wobei er sich einen Schädelbruch zuzog. O. war als aktives DHKKV-Mitglied zuständig für "Lauftraining".

Norbert Berger aus Solingen

Berger ist Zeuge gegen einen Antifaschisten, der wegen o.g. Verletzung von Oberkinkhaus angeklagt ist.

Chronologie der Solinger Ereignisse

3.2.93

Frühmorgens um 6.19 Uhr Feuer in der Moschee an der Konrad-Adenauer-Straße in Solingen. Brandstiftung wird vermutet. Das Feuer brach an zwei Stellen aus.

April '93

20 Faschisten randalieren Anfang April vor einem Haus, in dem eine Party stattfindet. Sie können vertrieben werden.

24.4.93

Etwa 8 REPs verteilen in Solingen Flugblätter mit der Überschrift "Asylbetrüger bekämpft man nicht mit Gewalt sondern mit dem Stimmzettel". Auseinandersetzungen mit der Antifa.

14.5.93

Neonazis überfallen Mitte Mai bei einem Volksfest in Solingen-Ohligs Punks. Ein Antifaschist muß mehrere Tage ins Krankenhaus. In der Nähe hält sich Torsten Lemmer aus Düsseldorf auf (Funktionär der Freien Wählergemeinschaft, Störkraft-Manager, Mitherausgeber der Zeitschrift "Europa Vorn").

Freitag, 28.5.93

Eine anonyme Zeugin will in der Nacht des Brandanschlags zwischen Mitternacht und 0.30 Uhr eine Ansammlung junger Männer in Bomberjacken und mit auswärtigen Autos vor der BP-Tankstelle an der Schlagbaumer Straße gesehen haben. Die Tankstelle ist etwa 1000m vom Tatort entfernt. Das BKA bestätigt die Zeuginnenaussage.

Samstag, 29.5.93

Der Brandanschlag kostet zwei türkichen Frauen und drei Mädchen das Leben. Andere Opfer werden schwer verletzt. Zwei der Opfer starben bei einem Sprung aus einem Fenster des brennenden Hauses. Die Feuerwehr war gerade dabei, ein Sprungpolster auszubreiten.

Im Naherholungsgebiet Bärenloch hinter dem Tatort wird im Sand eines Spielplatzes ein Hakenkreuz entdeckt. Nach Aussagen von AugenzeugInnen trafen sich dort in den Wochen vor dem Brandanschlag Skinheads, die dort grillten und tranken, vorwiegend freitags und samstags. Sie waren Fans der Skin-Band Störkraft. Vor einem Vierteljahr schlugen dort die Glatzen auf einen 13jährigen Schüler ein, der ihnen zusammen mit anderen entfliehen konnte.

Ein Anwohner aus der Nachbarschaft hat sich mehrmals bei der Polizei über den Lärm beschwert. Die Polizei fuhr einige Zeit verstärkt Streife, fand aber keinen Anlaß zum Einschreiten. In den nahe gelegenen Wupperbergen bei Kohlfurt wurden 15 bis 17jährige in Kampfanzügen der Bundeswehr beobachtet, ausgerüstet mit Rucksäkken.

Wie sich später herausstellt, bestehen vom Bärenloch aus gute Verbindungen zur Deutschen Liga in Köln und zur Freien Wählergemeinschaft aus Düsseldorf. In den Wochen zuvor tauchten Flugblätter der Deutschen Liga in Solingen-Wald auf.

Der 16jährige Christian Reher wird festgenommen. Er wohnte in der unmittelbaren Nachbarschaft des abgebrannten Hauses und soll MitschülerInnen gegenüber schon vor dem Anschlag damit geprahlt haben, daß das Haus bald brennen würde.

Erste Demonstrationen am Samstag Nachmittag, organisiert vom türkischen Volksverein, der PDS, den Grünen, dem Bündnis gegen Rassismus und Faschismus und der Solinger Antifa. Gegen 15 Uhr sind es etwa 10.000 DemonstrantInnen. Erste Besetzung der Kreuzung am Schlagbaum. Eine junge Solingerin bricht mit Herzproblemen zusammen. Innenminister Seiters besucht gegen 16 Uhr den Tatort. Er wird als Mörder und Heuchler beschimpft.

Sonntag, 30.5.93

In der Nacht zum Sonntag werden Autokorsos gebildet, die die ganze Straßenbreite einnehmen. Eingekeilte AutofahrerInnen stehen angeblich Todesängste aus. Um 1.30 Uhr beginnt die Welle der Zerstörungen. Als die Polizei ankommt, findet sie nur noch verstörte PassantInnen. Ihr Einsatz ist planlos. Auch eine italienische Eisdiele wurde zerstört. In der Kuller Straße richtet sich die Gewalt gegen ein Privathaus. Die Rollos werden aus den eingeschlagenen Fenstern entwendet.

Ungezählte Schaufensterscheiben, Autos, Wartehäuschen und Telefonzellen wurden demoliert.

Besuch von Oberbürgermeister Kaimer, Norbert Blüm und Rita Süssmuth bei den Angehörigen der Opfer. Ihre Panzerwagen werden mit Fußtritten traktiert. Die Angehörigen der Opfer betonen, SolingerInnen türkischer Nationalität hätten in der Vergangenheit die Polizei um Hilfe gebeten, weil sie von randalierenden Jugendlichen im Bärenloch bedroht worden waren. Die Polizei will nicht gewußt haben, was sie tun soll. Die PolitikerInnen reagieren mit Kopfschütteln.



Gegen 16 Uhr kommt es am Tatort zu Konflikten zwischen verschiedenen türkischen Gruppen. Mit Europiepsern und Funkgeräten ausgestattete Gruppen von außerhalb sind dort eingetroffen.

Montag, 31.5.93

In der zweiten "Nacht der Rache" haben hunderte "fanatisierter türkischer Jugendlicher, aufgehetzt von auswärtigen Politprofis" (so eine Zeitung), Zerstörungen in der Innenstadt angerichtet. 22.000 türkische Staatsangehörige sollen zu Beginn der Dunkelheit in Solingen gewesen sein. Menschen bleiben verängstigt in ihren Wohnungen. Selbst in der Notunterkunft der Angehörigen der Brandopfer gingen die Scheiben zu Bruch.

Eine Hochschwangere wird in den Bauch getreten, ein LKW geht in Flammen auf. Schwere Zerstörungen, schwerer als in der Nacht zuvor. Autos wurden angehalten, die Insassen herausgezerrt.

Gegen Mitternacht entsteht ein Konvoi von ca. 80 Taxen aus Düsseldorf nach Solingen. Tätliche Übergriffe auf deutsche Lastzüge am Hildener

Kreuz. Deren Scheiben wurden zerstört, Fahrer verletzt.

Blockade der Zufahrt zum Flughafen Köln-Bonn durch rund hundert Fahrzeuge. Fünf Flüge fielen aus, die Blokkade dauerte Stunden.

Vorwürfe gegen die Solinger Feuerwehr, sie habe 20 Minuten bis zum brennenden Haus gebraucht, werden entkräftet. Der aufgezeichnete Funkverkehr weist 5 Minuten Anfahrt nach. Das Sprungpolster wurde bereits bei der Anfahrt im Wagen ausgepackt. FalschparkerInnen hielten allerdings einen Teil der Rettungsmannschaft auf. Beide beteiligten Wachen waren unterbesetzt.

Grüne berichten gegenüber der Presse von der Existenz einer Rechten Szene in Solingen, die von offizieller Seite oftmals nicht wahrgenommen wird. 20 bis 25 Personen aus Solingen waren der Wuppertaler Polizei als gewaltbereite Rechte bekannt, wie später zugegeben wird.

Dienstag, 1.6.93

Laut Polizeipräsident Koehler aus Wuppertal waren Treffpunkte der Rechten in Solingen bekannt. Es hätten allerdings keine Straftatbestände vorgelegen. Grüne erinnerten an den Brandanschlag auf die Moschee im Februar.

Der türkische Volksverein fordert verstärkten Schutz der ImmigrantInnen.

Oberbürgermeister Kaimer ist entsetzt über die Zerstörungen in Solingen durch "auswärtige Gruppen". "Offensichtlich sind friedliche Demonstrationen gegen die Schandtat durch extreme Gruppen von außen umfunktioniert worden". Kaimer bittet Innenminister Schnoor, gegen die Rädelsführer vorzugehen.

Fahndungsfotos werden von der Polizei zurückgezogen. Die Beschreibungen durch den festgenommen 16jährigen seien falsch.

Gemeinsame Erklärung verschiedener Gruppen gegen die Zerstörungen in der Solinger Innenstadt. Verantwortlich gemacht werden auswärtige Gruppen.

Treffen von KommunalpolitikerInnen und AusländerbeirätInnen in Solingen. Letztere machen auf Übergriffe in den Wochen vor dem Brandanschlag aufmerksam: Zwei Brandanschläge gegen verschiedene Moscheen, Brandstiftung in einem türkischen Lebensmittelgeschäft in der Haumannstraße, Überfall auf einen Flüchtling durch Neonazis. Rechtsextremistische Organisationen, so ein Ausländerbeirat, seien auch in Solingen bekannt gewesen.

Erklärung des Zusammenschlusses der Solinger EinzelhändlerInnen: "Wir haben Verständnis für Wut und Angst der Betroffenen".

15 minütige Arbeitsniederlegung durch den DGB.

Innenminister Schnoor kündigt die "unerbittliche" Ausweisung von ImmigrantInnen an, die bei den Krawallen nach dem Brandanschlag in Solingen beteiligt waren.

Autobahnblockade an der A3 bei Solingen, Blockade einer Kreuzung in Rheinhausen, "Krawalle" in verschiedenen Städten der BRD.

16.15 Uhr: Drei Skinheads verprügeln in der Solinger Innenstadt ausländische Jugendliche. Die Polizei nimmt sie fest.

16.45 Uhr: Johannes Rau und Burkhard Hirsch besuchen den Tatort. Zwischenrufe: "Warum tut ihr nichts?"

17.30 Uhr: 3000 DemonstrantInnen in der Innenstadt. Aufgerufen haben das Bündnis gegen Rassismus und die Grünen.

19.40 Uhr: Am Schlagbaum rast ein Mitsubishi mit Hagener Kennzeichen in die Demo. Eine 16jährige Deutsche muß verletzt ins Krankenhaus. Die beiden 31 und 32 Jahre alten Insassen werden festgenommen. Die Kripo rechnet sie später der rechten Szene zu. Steine fliegen auf sie, ein Polizeiwagen wird demoliert.

20.00:Uhr Besetzung der Kreuzung Schlagbaum wie in den Nächten zuvor.

22.00:Uhr Auf der Kreuzung fliegen Steine. Schüsse aus Leuchtspurwaffen fallen. Bis drei Uhr nachts kommt es in der City zu kleinen Auseinandersetzungen. Nahe der Scheidter Straße ging ein LKW durch ein Molotow-Cocktail in Flammen auf.

Mittwoch, 2.6.93

Das BKA und Bonner Sicherheitskreise zeichneen das Bild eines Einzeltäters von Solingen, angeblich ein asozialer Outsider.

Erneute nächtliche Auseinanderstzungen in Solingen. In Hamburg stundenlange Straßenschlachten mit der Polizei nach einer Demo gegen Rechts.

Innenminister Seiters betreibt in Kopenhagen Schadensbegrenzung auf internationaler Ebene. "Es gibt keinen Hinweis auf überregionale Strukturen des Rechtsextremismus - den gibt es ja noch nicht einmal in Deutschland - , sondern wir haben zur Kenntnis zu nehmen, daß es oftmals spontane oder regionale Aktivitäten sind und verbrecherische Anschläge..."

Donnerstag, 3.6.93

Der Bundespräsident setzt sich in Köln mit seiner Trauerrede für mehr Rechte der ausländischen Minderheit ein.

100.000 Menschen gedenken bundesweit mit Demonstrationen, Arbeitsniederlegungen und Schweigeminuten den Opfern des Anschlags in Solingen. Trauerfeiern und -kundgebungen in verschiedenen Städten, u.a. Solingen, Köln und Berlin.

Parteitag der NPD in Pocking (Süddeutschland) wegen "fehlender Polizeikräfte" verboten.

Auch in Köln wurden nach der Trauerfeier Fensterscheiben zerstört. Solingen erlebte die erste ruhige Nacht.

Stundenlange Straßenschlachten in Hamburg mit etwa 60 Verletzten. Autonome und Türken haben nach einer ruhigen Demo Barrikaden errichtet und angezündet. Mehrstündige Auseinanderstzungen zwischen Autonomen und Polizei auch in Bremen. In der Nacht gehen Scheiben von Bankfilialen kaputt.

Freitag, 4.6.93

Doch kein Einzeltäter. Einer der jetzt Festgenommenen ist gar DVU-Mitglied.

Samstag, 5.6.93

Das Quartett der mutmaßlichen Täter kannte sich nach Aussagen von Bekannten seit Jahren. Die beiden 16jährigen sollen Feuer gelegt haben, die anderen standen Schmiere. Die Polizei war über die Vorgänge im Bärenloch und über die Drohung "Euer Haus brennt bald" informiert.

Festnahmen in der Gräfrather Kampfsportschule DHKKV. Material zum Verbarrikadieren sowie Waffen werden gefunden.

Zeitungen verbreiten eine Geschichte, nach der die Tat in Solingen die Rache für einen Rausschmiß war. Allerdings hätten zwei der Festgenommen Kontakte zur rechten Szene.

Bundesweite Demonstration:

Laut Solinger Tageblatt sind "mehr als tausend vermummte Autonome und rechtsradikale türkische 'Graue Wölfe'...angereist, um die vielen tausend friedlichen DemonstrantInnen als Kulisse für schwere Krawalle zu nutzen". Unmittelbar nach der Begrüßung als Auftakt zur Kundgebung ziehen PKK-AnhängerInnen mit Banner auf den Platz und es kommt zu Auseinandersetzungen mit rechten türkischen Jugendlichen. Mit Fahnen, Flaschen und Latten prügeln sie aufeinander ein. Kurden verbrennen demonstrativ die türkische Flagge. Rechte türkische DemonstrantInnen werden von der Polizei abgedrängt. Auch autonome Blöcke werden von der Polizei vertrieben.

25 Gruppen hatten zur Demo aufgerufen. Autonome warfen schon vorher Steine auf Polizeifahrzeuge. Aus dem Autonomen Block heraus wurde die Scheibe einer Bank zerstört.

Veranstalter machen der Polizei den Vorwurf, sie habe provoziert. 50.000 TeilnehmerInnen wurden erwartet, es kamen 12.000.

Bei der Einweihung des wieder hergerichteten Berliner Doms kommt es zu lauten Portesten wegen Kohls Verhalten zu Solingen. "Die Brandstifter sitzen in Bonn" ist auf Transpsarenten zu lesen. Viele Ehrengäste kommen demonstrativ nicht.

7.6.93

Die Ausländerbeauftragte der Bundesregierung in der Solinger Disco Getaway: Die doppelte Staatsbürgerschaft könne die Eingliederung erleichtern. Jugendliche würden sich Ausländerfeindlichkeit nicht aus den Fingern saugen, sondern sie seien oft Ausführende dessen, was die Älteren denken und empfinden.

Ein Sohn der Familie Genc ist immer noch in Lebensgefahr.

8.6.93

Das BKA fahndet nach einem roten Opel GSI, vermutlich mit Düsseldorfer Kennzeichen.



Bundesweite Demo in Solingen am 5. Juni

Treffpunkte der Rechten vor der Tat waren die BP-Tankstelle und ein Apotheken-Parkplatz.

Sondersitzung der Bezirksvertretung Solingen Mitte. Die Damen und Herren wollen von den Vorgängen im Bärenloch nichts gewußt haben. "Wir werden nur behelligt, wenn es um Hundedreck im Bärenloch geht".

13.6.93

Die Bundesanwaltschaft dementiert weiterhin die Existenz einer rechten Szene in Solingen. Die vier Tatverdächtigen sollen "ausländerfeindlich eingestellt" sein.

Die antideutsche Stimmung wächst in den Niederlanden und anderen Staaten

14.6.93

Oberbrügermeister Kaimer beschuldigt "vorzugsweise einige elektronische Medien", der Stadt nachträglich weltweit Schäden zugefügt zu haben.

15.6.93

Die Bundesanwaltschaft geht weiterhin von vier Tätern aus. Der 23jährige und ein 16jähriger (offenbar Christian Reher) sind geständig. Die Tatverdächtigen besäßen eine rechtsextremistische Haltung und seien ausländerfeindlich. Für eine direkte Anstiftung gäbe es "derzeit keinerlei Anhaltspunkte". Eine Wertung der möglichen Hintergründe sei nicht Aufgabe der Ermittlungsbehörden. "Indirekte Anstiftung" oder "psychische Beihilfe" könnten allerdings vor Gericht eine Rolle spielen. "Die Ermittlungen in Solingen sind weitgehend abgeschlossen", die Sonderkommission ist abgereist.

Die Bundesanwaltschaft hat die alleinige Pressehoheit zum Brandanschlag an sich gezogen.

Mit neuesten Ermittlungsergebnissen will sie derzeit nicht an die Öffentlichkeit treten.

Mordanschlag in Hattingen

Einer der ersten Brandanschläge nach Solingen wurde auf ein Haus in Hattingen-Welper verübt. In der Unionsstr. 20 wurden, kurz nach 1 Uhr am Morgen des 5. Juni, sieben verschiedene Brände im Parterre gelegt.

Eine türkische Frau und ihre fünf Kinder hatten Glück. Ein Dreijähriger war vom Brandgeruch wach geworden und hatte die Mutter geweckt. Diese rettete ihre Kinder und sich durch das Schlafzimmerfenster. Das Erdgeschoß brannte vollständig aus.

Eine Stadt mauert

Durch die Nachrichten alarmiert, begeben wir uns auf die Suche des Brandorts in Hattingen. Um ihn zu finden, sprechen wir einige Leute an. Auf die Frage, wo denn der Anschlag in der letzten Nacht stattgefunden hätte, ernten wir von Deutschen allerdings nur verschränkte Arme, geschürzte Lippen und mißtrauische Blicke. "Was wollt Ihr denn da ?" "Warum interessiert Euch das?" und "Laßt die Leute in Ruhe!" sind die gängigen Kommentare. Erst türkische Schüler geben bereitwillig Antwort und fragen dann: "Seid Ihr Journalisten?"

Am Tatort haben sich einige Personen versammelt - darunter sehr wenige Deutsche. An der Absperrung stehen diskussionsgeschulte ältere Polizisten. Ihre über 300 KollegInnen sind nicht sichtbar, aber einsatzbereit. Und während die Polizei Verständnis für sich einfordert, diskutieren die Deutschen auf der anderen Straßenseite, daß es natürlich auch ein Kabelbrand gewesen sein könne. Nebenbei erfährt man, daß der türkische Vater, Kranfahrer bei Thyssen in Duisburg, bei seiner Nachtschicht angerufen wurde, der Meister ihn über den Brand aber nicht informierte, weil er die Schicht zuende fahren sollte!

Am nächsten Tag ist Demo in Hattingen. Der Innenstadtbereich ist den DemonstrantInnen untersagt, und die Demo geht durch leere Vororte und totes Industriegebiet. Ca 2000 Leute, hauptsächlich türkische Menschen, sind da und werden von starken Polizeikräften begleitet. Links und rechts von der Demoroute filmen und fotografieren massiv Polizisten und andere zwielichtige Personen. Der Schlußkundgebungsplatz ist 400 Meter vomTatort entfernt, neben einer Unterführung, die nur so strotz von Hakenkreuzen und "Ausländer Raus"-Parolen. Der Kaffee, den wir anschließend in der Innenstadt trinken, bekommt vom Nachbartisch die richtige deutsche Würze: Daß "Gäste dieses Landes" sich das Recht herausnehmen würden, zu demonstrieren, sei doch wohl das Letzte!

Ein ad hoc entstandenes Bürgerkomitee gegen Rassismus will sich am folgenden Tag im Hattinger Haus der Jugend zur Vorbereitung einer weiteren Demonstration treffen. Stadtdirektor Liebig rässoniert darüber, wer zu dieser Demo wohl alles zu kommen gedenke. Die Grünen/FWI hatten schon morgens in der WAZ die Gewalt der Brandstifter und die "gewalttätigen Reaktionen" darauf kritisiert. Und schließlich sagen Parteien, Verbände, Kirchen und Gewerkschaften nach und nach ihre geplante Teilnahme an der Demo ab. Mit ihnen wird die Anmeldung der Demo zurückgezogen, und es sieht so aus, als könne die Aktion nicht stattfinden. Schließlich springt ein MLPDler in die Bresche und meldet die Demonstration an, die dann Dienstags stattfindet. Einen Tag später in der WAZ vom 10./11. 6. erklärt Stadtdirektor Liebig, daß die Demonstration ja stark linkslastig gewesen sei.

Dank der Rückzugsmanöver von Stadt, Verbänden, Parteien und Gewerkschaften nahmen an der Demo letztlich auch nur ca. 500 DemonstrantInnen teil, eingekesselt von einer Überzahl an Polizisten, die laut WAZ ausgesehen hätten, wie "moderne Raubritter". Das Verhalten der PassantInnen ist eher ablehnend und aggressiv gegenüber den Protestierenden. Alles in allem entsteht der Eindruck, daß wirkliche Empörung über den Mordanschlag nur unter den ausländischen Leuten und einigen wenigen Deutschen zu finden ist. Die Masse der Hattinger steht AusländerInnen und Solidaritätsbekundungen





mit AusländerInnen eher skeptisch bis ablehnend gegenüber. Betroffenheit, so sie überhaupt artikuliert wird, wird vor Medien, für diese erbracht und scheint überhaupt eher ein mediales Ereignis zu sein. Und für die meisten BürgerInnen ist klar: Daß es zu so etwas in Hattingen gekommen ist, hätte niemand gedacht.

So wird denn auch der Hinweis in der Presse auf die NS - Vergangenheit der Stadt Hattingen in Leserbriefen an die WAZ schlicht vom Tisch gewischt. Die Faschisten von damals seien wohl kaum noch zu Aktivitäten fähig, steht da zu lesen; Täter und Umfeld des Anschlags seien nicht klar und überhaupt ein Zusammenhang zum Nationalsozialismus mehr als fragwürdig. (WAZ 10./11. 6.)

Mit etwas Zynismus läßt sich darauf folgendes sagen: Warum in die ferne Vergangenheit schweifen, wenn das Übel so nah liegt.

Hattingen - Deine Nazis

Genau genommen nur rund 100 Meter vom Tatort entfernt. Denn dort wohnt Axel Zehnsdorf, stellvertretender Landesvorsitzender der FAP, d.h. nach dem Dortmunder Siegfried Borchardt die Nummer Zwei der FAP in NRW. Der 49jährige kann auf eine lange Geschichte in der rechtsradikalen Szene zurückblicken. Lieblingsbetätigungsfeld ist der Terror gegen AusländerInnen.

Als Michael Kühnen im November 1983 die Hattinger Kameradschaft der ANS/NA vor 35 Anwesenden gründete, wurde Zehnsdorf Stammkameradschaftsführer der Kameradschaft 26. Das kurze Zeit später erfolgende Verbot der ANS/NA durch den Innenminister schreckte weder ihn noch seine Kameraden. Vielmehr ging es nach einem kurzem Zwischenspiel in der selbstgegründeten SA St.Georg (SA stand hier angeblich für "Soziale Aktion" und der St.Georg kommt aus dem Hattinger Stadtwappen) und in einer Bürgerinitiative "Deutsche Arbeiterpartei" weiter in der FAP, der getarnten Weiterführung der ANS/NA. Ausgestattet mit neuem Propagandamaterial und zwei neuen Mitgliedern der rechtsradikalen Wikingjugend, Kurt Clench und Bernd Kostrach, legt die Kameradschaft nun richtig los. Dabei bleibt es nicht beim Reden. Vielmehr reichen ihre Aktivitäten vom Aufkleberkleben und Sprayen über einen Drohbrief an den IG-Metall-Funktionär Bieber bis hin zu Angriffen auf ein DKP-Fest im Sept. 84, auf eine Begegnungsstätte von AusländerInnen und vor allem auf Wohnhäuser ausländischer MitbürgerInnen mit dem hochgiftigen Chemiegemisch Benzylchlorid. Dies ist so ätzend, daß im Nachhinein in den betroffenen Häusern der Fußbodenbelag mit Gasmasken entfernt werden muß. Doch erst nach einem Sprengstoffanschlag auf einen Pornoladen in Düsseldorf wird die Polizei aktiv. Sie macht am 4.12.84 eine Hausdurchsuchung bei dem FAPler Kostrach und findet neben dem Benzyl - Chlorid hochbrisanten, professionell hergestellten Sprengstoff.

Seit 1985 ist es etwas stiller um die FAP-tätigkeiten des Herrn Zehnsdorf geworden. Hauptsächlich beschäftigte er sich mit der Rekrutierung von Skins für die FAP und ist in FAP-Sachen außerhalb Hattingens unterwegs. Er war z.B. bei der Europawahl 1989, nach Martin Pape und Friedhelm Busse, auf Platz drei der FAP-Kandidatenliste für das Europaparlament. In Hattingen selbst machte er ganz privat auf Ausländerhass. Er schrieb 1990 an seine ausländischen Nachbarinnen eines VEBA-Hochhauses Drohbriefe. Dies dauerte eine ganze Zeitlang an, bis endlich eine gemeinsame MieterInnenversammlung die VEBA aufforderte dem Spuk ein Ende zu bereiten. Die VEBA kündigte Zehnsdorf daraufhin die Wohnung. Nichtsdestotrotz blieb der braune Spuk Welper erhalten. Der FAP-Führer bekam von der VEBA die Welperstr. 51a vermietet, wo er bis heute wohnt. Zuletzt wurde Herr Zehnsdorf für seine Aktivitäten im Köln-Bonner-Raum bekannt, sowie dafü, daß er am 20. März diesen Jahres in Salzgitter eine FAP-Versammlung von über hundert Faschisten leitete. (Der Rechte Rand; April/Mai 93).

Auch sein Sohn, der 25jährige Andres Zehnsdorf ist kein unbeschriebenes Blatt. Ende der 80ger Jahre verbüßte er eine Gefängnisstrafe, weil er auf dem Hattinger Altstadtfest eine behinderte Frau mit CS-Gas angegriffen und verletzt hatte. Weiterhin war er Mitherausgeber des Skinmagazins "frontal", das aus dem Essener FAP- Blatt "Querschläger" hervorging. In "frontal 1" hofiert und sympatisiert er in einem Interview mit Josef Saller, einem Faschisten, der bei einer Brandstiftung in Schwandorf vier Menschen ermordete und im Knast sitzt. Neben Beschreibungen von Skinbands, deren Auftritten und der Wiedergabe aller möglichen rassistischen und sexistischen Äußerungen, gab Zehnsdorf junior Einblick darin, wie sich Kameraden und deren Gruppen vor Spitzeln des Verfassungschutzes zu schützen haben oder veröffentlichte Adressen der einsitzenden Nazis in der BRD. "frontal" ist mittlerweile vom Innenminister auf den Index verbotener rechtsradikaler Schriften gesetzt worden. Andreas Zehnsdorf aber ist darin recht fexibel. Er beliefert halt seine alte Leserschaft mit einer neuen Zeitung, den "Modernen Zeiten". Dies Heft erscheint in dem Verlag LER & Partner Gmbh in Gründung. L steht für Thorsten Lemmer, dem Manager der Nazi-Skinhead-Band "Störkraft". E steht für Christian Eitel, Mitglied der rechten Freien Wählergemeinschaft aus Düsseldorf. Und R steht für Manfred Rouhs, Mitglied der rechtsextremen Deutschen Liga in Köln und Herausgeber der Faschistenzeitung "Europa vorn". (siehe dazu: NRW-Antifa-Zeitung Mai 93). Seinen Sitz hat dieser Verlag in der berüchtigten Jägerstr. 4 in Düsseldorf.

Neben den Aktivitäten von Zehnsdorf senior und junior, den faschistischen Schmierereien in Nähe des Tatortes gibt es weitere Hinweise auf braune Umtriebe in Welper. So wurde z.B. vor wurde in der mittlerweile geschlossenen Kneipe "Die Windmühle" regelmäßig Hitlers Geburtstag gefeiert. Und als am 20.Juli

1990 ein zweijähriges türkisches Mädchen in Welper überfahren wurde, zertraten nachts drei Faschisten die Blumengebinde, die für das Mädchen auf die Fahrbahn gelegt worden waren, sprühten ausländerfeindliche Sprüche auf die Fahrbahn und FAP, NPD und SS-Zeichen an anliegende Häuser. (WAZ 23.7.-1.8.90)

Auch die REPs sind in Hattingen aktiv. Nicht zuletzt sorgt Roger Schwedes, REP-Vorstand und Polizist, für guten Kontakt zwischen Partei und Behörden.Auch Amtsgerichsrat a.D. Alfred Steffens ist angetan von den REPs; zeichnet er doch gegen für deren Plakataktionen, sowie für die Aktionen des DFK, Deutschen Freundeskreises. Zudem existiert in Hattingen die UAP (Unabhängige Arbeiterpartei), eine kleine, sich auf den SAler Strasser berufende rechte Partei, deren "Reichsarbeiterzeitung" in einem Schaukasten Ecke Heegerstr./Augustastr. zu bewundern ist, und deren Mitglied Ulrich Villnhoff im Bundesvorstand der "Blauen Adler Front" sitzt. Die UAP hat in Essen-Borbeck eine größere Ortsgruppe, und ihr Bundesvorsitzender Gieße ist über das Postfach Nr.103813 in Essen zu erreichen.

Auch die NPD läßt sich in Hattingen nicht lumpen und lädtjedes Jahr zum Sommerfest. Letztes Jahr in die "Kirrenberger Höhe" in Sprockhövel am 17. Juni. Ihr Kreisvorsitzender Klaus Bublies freute sich vor allem darauf, den Bundesvorsitzenden Günter Deckert als Gastredner zu begrüßen. Herr Deckert wurde 1988 wegen "mangelnder Distanzierung vom Rechtsradikalismus" aus dem Schuldienst entlassen. Er tritt für die offene Zusammenarbeit aller neofaschistischen Organisationen ein, und momentan läuft gegen ihn ein Verfahren, weil er zusammen mit Fred Leuchter, einem Leugner des Holocaust, Veranstaltungen abgehalten hat.

Seit Solingen zählen die faschistischen Brand- und Mordanschläge in NRW fast an die Hundert. Zu fragen ist hier nur, wer, was, und wie zählt. 1. werden die Anschläge nur noch en gros als Anzahl in den Medien ausgespuckt. Welches menschliche Schicksal dahinter steht, wird nicht erwähnt. 2. Welcher Zusammenhang von Tätern zu faschistischen Parteien besteht, wird nicht recherchiert oder berichtet. 3. Viele Brandanschläge, wie z.B. die in Wuppertal kurz nach Solingen, werden gar nicht erst erwähnt. Sie werden der Öffentlichkeit vorenthalten, wegzensiert. 4. Alle finden die Demokratie, das Ansehen der BRD, die Wirtschaft und in einem Atemzug sich selbst betroffen; kaum jemand die Ausländerinnen. 6. Es gibt nur Absichtserklärungen: Gegen die Gewalt schlechtweg, die der Täter und die der Opfer. Diese sollen dann gar abgeschoben werden, wegen "des sozialen Friedens". Und während die Medien Anschläge unterschlagen, den braunen Sumpf nicht ausloten sondern Marktschreier der Schreibtischtäter sind, greifen sie Nachrichten wie diese gierig auf: Die türkische Mutter soll das Feuer in der Unionsstraße selber gelegt haben. Schlagzeilen wurden abgedruckt, wie: "Soest, Frankfurt, Hattingen - selbstgelegte Brände". Die "Wochenpost" sah in ihrer Ausgabe vom 24.6. den Brand schon aufgeklärt. Und die Welt war wieder so schön heil und deutsch. Der nagende Verdacht des deutschen Kleinbürgers, daß ja alles nur erstunken und erlogen sei, was von den Fremden behauptet wird, fand seine Absicherung. Vorneweg die Staatsanwaltschaft, die sich eines für ihre Einrichtung untypischen Mittels, der Presseerklärung bediente. Im Sprung hinterher die Presse und die politischen Lokalmatadore. Der Fall war wie geschaffen, um vom Rassismus der deutschen Bevölkerung, den der Institutionen und den faschistischen Organisationen abzulenken. Und wie geschaffen, um aus Opfern Täter zu machen.

Nachtrag: Mittlerweile mußte selbst in der WAZ vom 25.6. und der taz vom 30.6. gegen die Vorverurteilung der türkischen Frau kritisch Stellung bezogen werden. Nicht zuletzt, weil der Anwalt der Familie nachweisen konnte, daß kriminaltechnische Sachverhalte der Brandlegung unterschlagen wurden, die sehrwohl auf einen Fremdtäter hinweisen. Darüberhinaus spricht die türkische Familie davon, daß die Polizei die Mutter unter Druck gesetzt hätte, ein Geständnis zwecks geringerer Strafe (Psychatrie) abzulegen. Es ist nur zu hoffen, daß die Familie von allen Seiten genügend Beistand erhält, und des weiteren, daß der braune Sumpf Hattingens und anderswo auf jede erdenkliche Art durchleuchtet und ausgetrocknet wird.

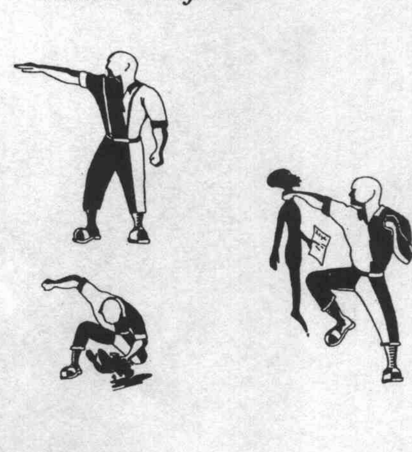
Hattingen



Axel Zehnsdorf



"Frontal" - Layout



Rassistische Anschläge in NRW

Nordrhein-Westfalen hat in den letzten Monaten seine führende Stellung in Bezug auf fremdenfeindliche Anschläge weiter ausgebaut. Die nachfolgende Auflistung ist garantiert unvollständig!

12.April, Neuss

Brandstiftung in einem Ausländerwohnheim. Die Polizei vermutet keinen fremdenfeindlichen Anschlag, sondern den Täter im Umfeld des Mannes, in dessen Zimmer der Brand gelegt wurde.

19.4., Bonn

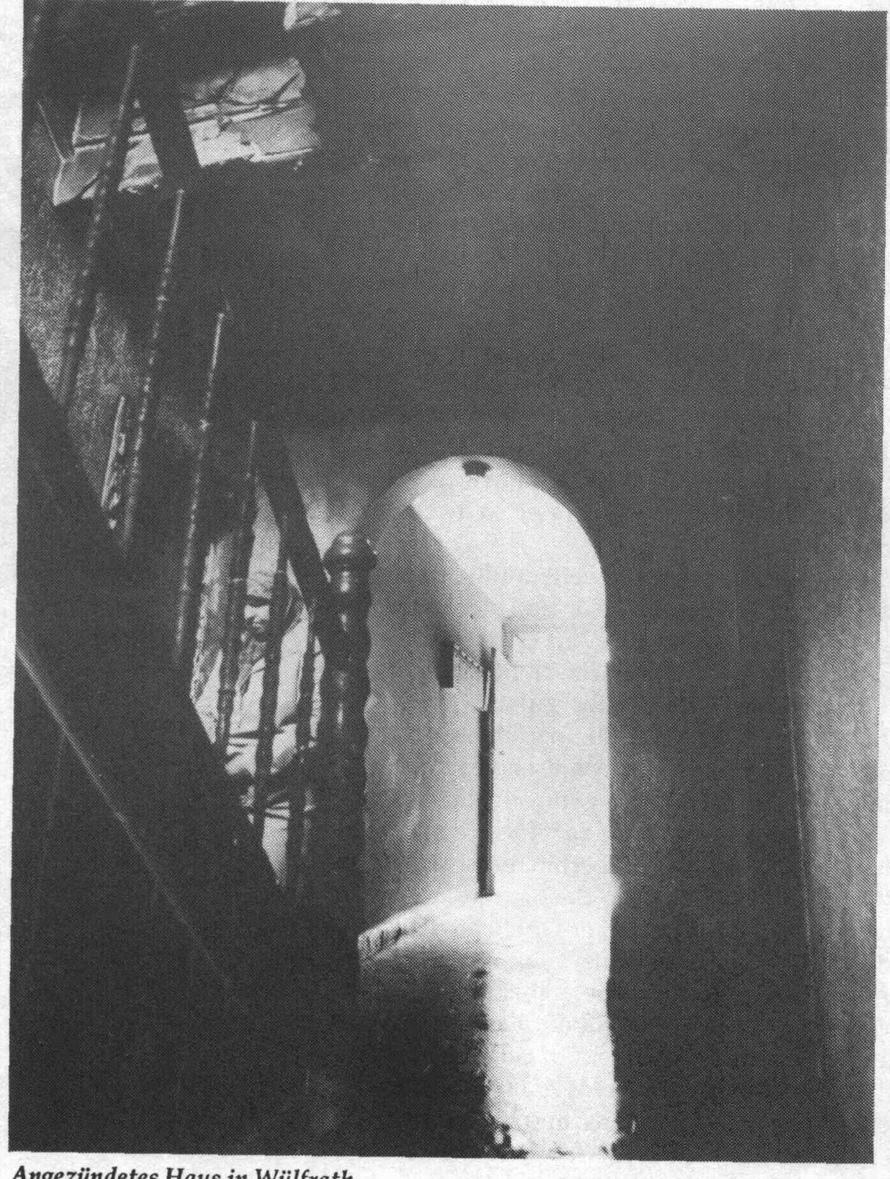
Seit Januar wurden 529 rechtsextremistische Gewalttaten von Sicherheitsbehörden registriert (Westen 424, Osten 105, 98 Brand-und zwei Sprengstoffanschläge). Bei diesen Taten (bis 15.4.) gab es zwei Tote. BKA und Verfassungsschutz gaben auf Grund unterschiedlicher Bewertungen für Gewalttaten unterschiedliche Zahlen heraus.

16.Mai, Sundern/Sauerland

Überfall auf ein Wohnheim für AsylbewerberInnen. Sieben bis acht Personen schlugen mit Eisenstangen auf zwei albanische Opfer ein, die schwer verletzt wurden. Zunächst wurde ein rechtsradikaler Hintergrund vermutet, im Lauf der Ermittlungen jedoch änderte die Staatsanwaltschaft ihre Einschätzung.

19.Mai, Sundern

Der Überfall auf zwei albanische Asylbewerber soll von sieben Landsleuten verübt worden sein. Die Täter haben nach Aussage der Staatsanwaltschaft gestanden.



Angezündetes Haus in Wülfrath

7. Juni, Soest

Ein Kinderwagen im Flur eines Gebäudes wurde in Brand gesetzt und ein Molotw-Cocktail geworfen. Die Polizei konnte den Brand löschen. In dem Haus lebt eine libanesiche Familie.

7. Juni, Bergisch Gladbach

Ein Brand in einem von AusländerInnen bewohnten Haus konnte gelöscht werden. Im Hausflur brannte eine Kunstfaserdecke.

8. Juni, Velbert

Ein 42jähriger beschimpfte einen Türken und dessen hochschwangere Begleiterin. Er beschoß sie mit einer Gaspistole. Beide erlitten einen Schock und Augenverletzungen.

8. Juni, Wülfrath

Bei einem Anschlag gegen ein von überwiegend ImmigrantInnen bewohntes Haus wurden 14 Personen leicht verletzt. Die Täter hatten beide Wohnungstüren im Erdgeschoß in Brand gesetzt. Es kam auch zu einer spontanen Demonstration. Wenige Tage später wird der 27jährige arbeitslose Kraftfahrer Oliver Kirschner festgenommen. Nach Staatsanwalt Rosenbaum konnte auch bei ihm kein rechtsradikaler Hintergrund festgestellt werden, obwohl bei Familie Kirschner schon lange regelmäßig der 20. April gefeiert wird. Die Wülfrather Zeitschrift "Roter Reporter" berichtete schon vor Jahren über "das Siedlungshaus an der Görtzheide kurz vor Düssel", den Wohnort der Familie Kirschner. Dort soll sich im Keller "ein richtiges Hitler-Museum" befinden. Der Festgenommene selbst geriet vermutlich schon einmal ins Visier der Fahnder: nach dem Angriff auf ein Flüchtlingsheim in Wülfrath wurde gegen insgesamt 20 Tatverdächtige ermittelt.

9. Juni, Wachtendonk bei Kleve

Brandstiftung in einem Wohnheim für Flüchtlinge. Auf dem Dachboden wurden von Unbekannten Matratzen angezündet. Keine Verletzten.

9. Juni, Kamp-Lintfort

Anschlag auf Wohncontainer von AussiedlerInnen-Familien. Drei junge

Männer wurden gefasst und des versuchten Mordes beschuldigt.

9. Juni, Düsseldorf

Seit dem Brandanschlag in Solingen wurden in NRW mehr als 70 fremdenfeindliche Straftaten registriert, davon zehn Brandstiftungen und 20 Bedrohungen.

10. Juni, Wuppertal

In der Wuppertaler Nordstadt werden auf zwei Häuser Brandanschläge verübt. Beide Brände werden rechtzeitig entdeckt, es gibt keine Verletzten. Ein Haus wird vorwiegend von ausländischen, das andere von deutschen Familien bewohnt. Obwohl eine türkische Bewohnerin am Tag zuvor einen Drohanruf erhielt ("Bei Euch wird es brennen"), sieht die Polizei keine Anhaltspunkte für eine politisch motivierte Tat.

12. Juni, Bergisch-Gladbach

Das Haus, auf das bereits am 6. Juni ein Brandanschlag verübt wurde, wurde erneut angezündet. Ein 17jähriger Türke erlitt bei dem Sprung aus dem Fenster schwere Verletzungen an der Wirbelsäule, eine andere Person hatte eine leichte Rauchvergiftung.

12. Juni, Dortmund

In einem von Türken bewohnten Haus wird im Hausflur eine Decke angezündet. Das Feuer wurde rechtzeitig bemerkt und konnte von den Bewohnern gelöscht werden.

13. Juni, Kerpen bei Köln

In einem Haus, in dem vorwiegend AusländerInnen lebten, wurde im ersten Stock brennbare Flüssigkeit ausgeschüttet und angezündet. Ein Bewohner entdeckte das Feuer rechtzeitig und konnte es ersticken.

14. Juni, Dortmund,Bergisch-Gladbach

Die Westdeutsche Zeitung meldet, daß die beiden Brandanschläge in Dortmund (12.6.) und Bergisch-Gladbach (12.6.) offenbar ohne rechtsradikalen Hintergrund sind und stellt die Vermutung auf, daß die BewohnerInnen die Brände möglicherweise selbst gelegt haben.

15. Juni, Wegberg/Niederrhein

Auf ein von einer marokkanischen Familie bewohntes Haus wird ein Brandanschlag verübt. Die Täter legten Brände an den verschiedenen Ausgängen und schleuderten zusätzlich einen Brandsatz durch das Badezimmerfenster. Dem 15jährigen Sohn gelang es, seine Familie zu retten. Die Täter hinterließen Hakenkreuzschmierereien.

15. Juni, Essen

Auf ein von überwiegend ausländischen Familien bewohntes Haus wird ein Brandanschlag verübt. Der Brandsatz flog durch das geöffnete Fenster im ersten Stock.

16. Juni, Marsberg/Sauerland

Zwei Männer werfen Molotow-Coctails auf ein AsylbewerberInnenheim. Die 25 BewohnerInnen blieben unverletzt, weil eine Frau das Feuer rechtzeitig bemerkte und löschen konnte. Die beiden Täter (ein 38jähriger Mann und sein 18jähriger Neffe) gaben nach ihrer Festnahme an, sie haätten sich nach reichlich Alkoholgenuß durch einen Fernsehbericht zu der Tat verleiten lassen!

17. Juni, Dülmen

Ein kurdischer Asylbewerber wird von zwei Männern aus nächster Nähe erschossen. Die beiden Täter klingeln an der Tür und fragen das 6jährige Kind nach seinem Vater. Als Abidik Atalan erscheint, wird er mit drei Schüssen ermordet. Der Kurde starb noch auf dem Weg ins Krankenhaus. In den ersten Radiomeldungen werden die beiden Täter als deutschsprechend, blond und kurzhaarig beschrieben, Tage später wird die Vermutung aufgestelt, es könne sich bei dem Mord um einen Racheakt der PKK handeln. Der Ermordete hatte sich in dem Coesfelder Flüchtlingsrat engagiert und gehörte als yezidischer Kurde einer in der Türkei doppelt verfolgten Minderheit an.



19. Juni, Bergisch-Gladbach, Soest, Hattingen

Unter der Überschrift "Bewohner legten das Feuer selbst" berichtet die Westdeutsche Zeitung, daß die Anschläge in Bergisch-Gladbach, Soest und Hattingen von den Bewohnern selbst "inszeniert" worden seien und beruft sich dabei auf staatsanwaltliche und polizeiliche Ermittlungsergebnisse.

23. Juni, Essen

Die Westdeutsche Zeitung meldet, daß der Brandanschlag in Essen am 15. Juni keiner war und daß der zweijährige Sohn der betroffenen Familie einen Pappkarton angezündet habe, den die Mutter selbst löschen konnte.

23. Juni, Wuppertal

In einem von GriechInnen und Deutschen bewohnten Haus fing eine Gardine Feuer. Die Polizei geht zwar von Brandstiftung aus, sieht aber keinen Zusammenhang mit fremdenfeindlichen Aktionen.

28. Juni, Wegberg/Niederrhein

Kurz nachdem die marokkanische Familie in das wieder hergerichtete Haus gezogen ist, wird erneut ein Brandanschlag verübt. Eine Frau erlitt eine schwere Rauchvergiftung, ihre Kinder und ihre Schwester konnten sich unverletzt in Sicherheit bringen.

29. Juni, Köln

Unbekannte schlugen nachts in der Wohnung einer türkischen Familie in Köln-Mülheim die Scheibe ein, schütteten Benzin ins Wohnzimmer und zündeten dies an. Die Wohnung brannte aus. Ein Übergreifen der Flammen auf andere Wohnungen des Genossenschaftshauses, in dem 24 TürkInnen und Deutsche wohnen, wurde von der Feuerwehr verhindert. Die türkische Familie konnte sich vor den Flammen in Sicherheit bringen. Die Polizei spricht davon, daß es keine Himweise auf rechtsradikale Täter gebe. Dagegen spräche, daß die Wohnung in der 2. Etage gelegen hätte.

2. Juli, Gütersloh

In einem von vorwiegend türkischen Familien bewohnten Haus wird ein Brandanschlag verübt. Nach seiner Festnahme gesteht der 21jährige Täter, in dem Keller des Hauses ein Feuer gelegt zu haben und die Polizei ermittelt als Motiv "dumpfe, latente (!) Ausländerfeindlichkeit".

Geheimdienste und die organisierte Rechte

"...Sehen wir uns um im trauten nationalen Kreise. Wer von unseren Freunden und Bekannten mag beim "Verfassungsschutz" (VS) im Sold stehen bzw. gestanden haben? Welche Enttäuschung werden wir erleben, wen werden wir erschießen müssen, wenn die VS-Auflösung der Stasi -Auflösung folgt?"

Der wer sich hier so lauthals echauffiert ist der Verleger der rechtsextremen Postille "Europa Vorn", Manfred Rouhs. Ihm wurde mitgeteilt, daß einer seiner Mitarbeiter bei "Europa Vorn" langjähriger Agent der Stasi des ehemaligen DDR Geheimdienstes und des Verfassungsschutzes der BRD gewesen war. Diese Unruhe betrifft nicht nur M. Rouhs, sondern auch weite Teile der bundesdeutschen Rechten, denn diese sieht sich mit der Situation der Infiltratrion durch Geheimdienstagenten konfrontiert.

Diesem Phänomen versucht sich dieser Artikel anzunähern und geht dabei mehreren Fragestellungen nach. Fragen nach den Agenten, nach dem "begrenzten" öffentlichen Interesse, nach gemeinsamen Intressen von Geheimdiensten und dem Rechtsextremismus. Abschließend eine Nachbetrachtung inwieweit die bekanntgewordenen Verbindungen nur ein "Neues" oder ein grundlegendes Phänomen darstellen.

"Die Zwei" oder wie Agenten fast 20 Jahre unbemerkt in der rechten Szene agierten

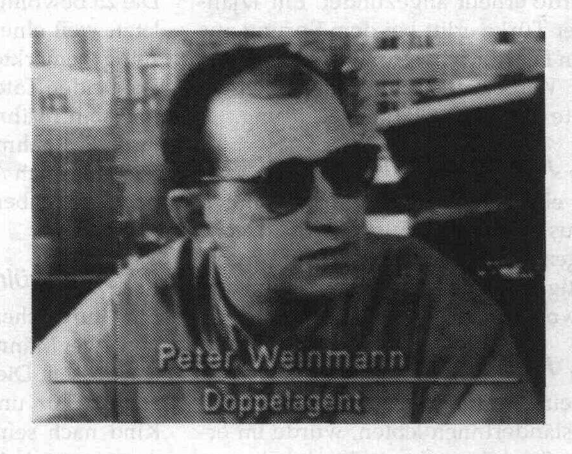
Zwei Journalisten mit langen rechtsextremen Karrieren wurden Anfang diesen Jahres kurz an die Oberfläche der Medien gespühlt, als sie der Spionage für die DDR Stasi überführt wurden.

Das rechtsextreme Ideologieblatt "Nation Europa" schreibt zum Fall Lutz Kuches: Betroffen von dem Verratsfall sind u.a. rechte Unionskreise. ... Als Bundesvositzender des NHB gehörte er 1970 dem NPD Parteivorstand an. 1989/90 bot er sich dem REP-Vorsitzenden Schönhuber in München Hilfestellung bei der "Intellektualisierung" der Republikaner an. Für die Stasi soll er seit 1970 die rechte Szene der BRD ausspioniert haben.



Lutz Kuche

Der zweite Enthüllungsfall betrifft den Journalisten Peter Weinmann und ist für die rechte Szene von größerer Tragweite, da das ausspionierte Feld fast den gesamten Kreis des organisierten Rechtsextremismus betrifft. Weinmann startete schon zu Beginn der 70er im Umfeld der NPD seine Politlaufbahn. Von dort aus nimmt er einen einzigartigen Weg durch das Who's who der organisierten Rechten. Ausgehend von der "Aktion Neue Rechte" (ANR) war er an der Gründung meherer Gruppierungen im Umfeld des Lagers der rechten Szene nach der Zersplitterung der NPD Ende der sechziger beteiligt. Mehrere dieser Gründungen unternahm er gemeinsam mit Friedhelm Busse, mit dem er auch 1972 zusammen die "Partei der Arbeit" (PDA) gründete. Die PDA überführte Busse kurze Zeit später in die "VSBD/PDA", welche 1982 vom Bundesinnenministerium verboten wurde. Signifikant ist, daß Weinmanns Freund Friedhelm Busse der heute Bundesvorsitzender der "FAP" ist, seine Karriere bereits als vorbestraftes Mitglied des "Bundes Deutscher Jugend" (BDJ) begann, einer paramilitärischen Organisation im Fahrwasser der Geheimdienste. Dazu aber später näheres.



Peter Weinmann

Weinmanns Weg führte ihn als Mitorganisator der "Wehrsportgruppe Hoffmann" weiter über den Südtirolterrorismus, wo er sich in die Dienste des italienischen Militärgeheimdienstes SISMI stellte. Schließlich fand man Weinmann auch in vielen Niederungen des bundesdeutschen Blätterwaldes rechtsextremer Postillen.

DDR-Vergangenheitsbewältigung mal anders

Soweit zur Darstellung der Enttarnungen um die beiden Agenten in der rechten Szene selbst. Eine interessante Feststellung ist jedoch das Echo aus den offiziellen Pressequellen, denn die Enthüllungen scheinen kein längerfristiges Interesse bei den Redaktionen zu erwecken. Es fehlt in beiden Fällen bei der Berichterstattung über die Enttarnung der Agenten, daß sie zu bekannten Figuren im rechtsextremen Lager zählten und das schon seit über 20 Jahren. So bleibt es bei den öffentlichen Verlautbarungen um "Journalisten", die in irgendeiner Art und Weise für das MfS gearbeitet haben. Das dürftige Interesse der

Presse auf der einen Seite und sparsame Erklärungen der Behörden, die sich bei anderen Stasienthüllungen sonst nicht so bedeckt hielten, erwecken nicht gerade den Eindruck der Offenheit in dieser Sache.

"Geheime" Deckung von oben

So wurde eine Anfrage bezüglich der Verbindung von Rechtsextremisten mit der DDR Stasi und bundesdeutschen Geheimdiensten an die Bundesregierung gestellt. Im Kern geht es um die wissentliche Beteiligung bundesdeutscher Behörden am Treiben ihrer Agenten als Organisatoren von rechten Gruppen, denn die bekanntgewordenen Aktivitäten von Weinmann und Kuche gehen über das Maß des "nur Beobachtens" deutlich hinaus. Die Verwicklungen Weinmanns mit der DDR Stasi, dem VS und dem italienischen Militärgeheimdienst SISMI offenbarte Zusammenhänge von Geheimdiensten, Rechtsextremisten und Politik zu denen sich die Behörden zur Zeit noch ausschweigen. So verweigert die Bundesregierung jegliche Auskünfte zu den brisanten Fragen über ihre Mitarbeiter, mit ihrem Recht auf Geheimhaltung über ihre Geheimdienststrukturen. Nun drängt sich aber die Frage auf, wer oder was durch diese kategorische Geheimhaltung geschützt werden soll? Etwa erneute Hinweise auf gemeinsame Strukturen von staatlichen Institutionen und organisiertem Rechtsextremismus ?

Ein italienisches Menetekel-Gladio

Der Dreifachagent Weinmann stolperte als Agent des italienischen Militärgeheimdienstes SISMI unter anderem auch über die Aktionen des italienischen Geheimdienstlers, GLADIO Kämpfers und Rechtsextremisten Francesco Stoppani. Dieser soll im geheimdienstlichen Auftrag Weinmann in die Vorbereitung zu einem politischen Mord eingespannt haben, weswegen Weinmann nun ein Verfahren wegen Beihilfe zum versuchten Mord gegen sich laufen hat. Eine zentraler Verbindungspunkt im verwobenen Geflecht dieses Vorhabens fällt auf die europaweit agierende Geheimdienstorganisation GLADIO, eine geheime Guerillaarmee aus Zeiten des Kalten Krieges. Unter maßgeblichen Betreiben des amerikanischen Geheimdienstes CIA wurde diese der NATO unterstellte Truppe zu Beginn der 50er gegründet, um gegen jeglichen Einfluß des Kommunismus in Europa gewappnet zu sein. Der Name GLADIO (Schwert) zeugt schon von der Absicht mit äußerster Gewalt gegen den Feind vorzugehen und nicht eine einfache Propagandaabteilung zu sein. So stellt die Organisation GLADIO durchaus eine staatlich subventionierte Terroreinheit gegen ein innenpolitisches Feindbild dar, welches deutlich links, wenn nicht sogar antiliberal gekennzeichnet ist. Die Verankerung dieser Organisation beim Militär verwundert da nicht besonders.

Bei den GLADIO Aktivitäten im Italien der Achtziger handelt es sich nicht um eine europäische Ausnahmeerscheinung, sondern belegt symptomatisch wie gemeinsame Aktionsfelder zwischen organisierter Rechte und staatlichen Institutionen funktionieren kann, in Italien, genauso wie in Deutschland, wie der grenzüberschreitende Fall Weinmanns es andeutet.

Bomben aus zweiter Hand oder getrennt gehen - vereint schlagen!

Neben dem Staub den der Fall Weinmann aufwirbelte ist das Ende 1992 erschienene Buch des Südtiroler Journalisten Hans-Karl Peterlini von besonderer Brisanz und dies sicherlich nicht nur weil es ihm seinen Job als Chefredakteur der renomierten "Südtiroler Illustrierten" kostete. Bomben aus zweiter Hand heißt das Buch und Peterlini deckt in einer akribischen Recherche die Verbindung zwischen dem südtiroler Bombenterror, Geheimdiensten und Rechtsextremisten auf. Peterlini beschreibt in einer Vielzahl von Fallbeispielen wie es verschiedene Geheimdienste geschafft haben über eingeschleuste Agenten maßgeblichen Einfluß auf die politische Stimmung in Südtirol zu nehmen. Sprich die teilweise Funktionalisierung des Rechtsterrorismus für innenpoltische Ziele. Die inhaltliche Beschränkung auf den Bereich des rechten Terrorismus entwickelt sich verständlich, ist doch kein anderes Lager in der Rechten Szene dafür geeignet in der Öffentlichkeit für mehr Aufsehen zu sorgen. Weinmann und einige andere Agenten mit ähnlichen rechtsextremen Karrieren spielen in diesem Szenario die zentralen Rollen. Das Fallbeispiel Südtirol als Ort massiver Infiltration deckt in bezeichnender Weise eine klassische Strategie auf, nämlich die einer Strategie der Spannung! Der Bombenterror von Südtirol zeigt, wie es im Interesse von Machteliten liegen kann ihre Position zu stärken, indem sie ein Klima der Spannung erzeugen. In diesem können sie dann als Ordnungsfaktor auftrumpfen. Was Peterlini so treffend zusammenführt ist die augenscheinliche Gefahr des gegenseitigen Nutzens von Staat und Rechtsextremismus die für Deutschland genauso gelten wie für jedes andere europäische Land. So stellt der Rechtsextremismus in seiner isolierten Form auch nur eine relative Bedrohung dar, da er aus eigener Kraft nur wenig an politischer Stärke entwickeln kann. Die Verknüpfung allerdings mit ökonomischen, wie politischen Machteliten führt dazu, daß sich der Rechtsextremismus in einer gefährlichen Nutznießerrolle befindet. In dieser gedeckten Form kann er dann sein terroristisches Potential entfalten, mit einer Zielrichtung die sich in verschiedensten Bereichen mit dem der Unterstützer überschneidet.

Distanzierung auf "Rechts"

Dies deckt sich auch mit der Art und Weise, wie in der rechten Szene mit der Enttarnung von Agenten umgegangen wird. Typische Charakteristika ist dabei das auffällige Dementi, welches sich lediglich auf den enttarnten Agenten bezieht, aber nicht auf die politische Motivation der Aktivitäten. Kein Infragestellen der eigenen politischen Linie, sondern Darstellung der Agenten als Übertreiber und Scharfmacher eines eigentlich korrekten Anliegens. So schreibt Manfred Rouhs in dem selben Artikel über P. Wein-

manns Enttarnung als Agent: "Zuletzt erschien ein Artikel in EV Nr.10 von 11/1990: "Wer ist Anwalt des deutschen Südtirol?". Sollte jemand Zweifel am aufrichtig-volkstreuen Inhalt haben, kann er eine Kopie davon ... haben".

Heimliche Allianzen- Ein Blick zurück in die Zukunft

So schwer es der Rechten fällt sich von den Agenten des "Staates" zu trennen, genauso schwer fällt es auch den verantwortlichen Koordinatoren für die Geheimdienste im Bundeskanzleramt sich öffentlich von den "Rechten" in ihrem Sold zu trennen. Diese Verbindungen wurden bisher von den Verantwortlichen immer geleugnet. Ein Blick in die Geschichte der rechten Bewegung in der BRD zeugt jedoch von einigen fragwürdigen Beispielen. Bereits in den Anfängen mischten alliierte und deutsche Geheimdienste in den aufkeimenden Strukturen des bundesdeutschen Rechtsextremismus kräftig mit. An der Unterstützung von antikommunistischen Gruppierungen war allen recht gelegen. Neben dem gezielten Aufbau des "Bundes Deutscher Jugend" (BDJ) unter Hilfe von deutschen und amerikanischen Finanziers zum Gladio Vorläufer in der BRD der fünfziger Jahre, ist auch die Presselandschaft der damaligen Zeit interessant. So standen an der Wiege des Nachrichtendienstes "Studien von Zeitfragen" und dessen Verlages Personen, die man als Grenzgänger zwischen Neofaschismus und Geheimdiensten bezeichnen kann. Zum einen Paul Lüth, Führer des Bundes Deutscher Jugend, der mit maßgeblicher Unterstützung der Amerikaner zum Vorläufer des GLADIO-Geheimdienstes wurde und zum anderen Nikolaus Ryschkowsky. "Nik" Ryschkowsky war nach dem Krieg Agent des amerikanischen Geheimdienstes "CIC" und beobachtete die gesamte rechte Szene. Diese Beobachtungen machte er nicht etwa aus der Distanz eines Geheimdienstlers, nein, er selber war ein Teil des neuen Netzwerkes der Rechten in der BRD, was seine enge Freundschaft zu Otto Strasser und dessen Intimus Karl E. Naske eindringlich bezeugen. Nur mit der gemeinsamen Ideologie des Antikommunismus war diese Deckungsgleichheit dieser Interessen möglich. Eine Motivation wie sie für weite Breiche der wissentlichen Zusammenarbeit von Geheimdiensten und Rechtsextremisten bezeichnend war und ist.

Nik Ryschkowsky und Otto Strasser, 1955

Genauso wie beim Bund Deutscher Jugend als Teil einer gemeinsamen Interessenlage von Rechtsextremisten und Geheimdiensten, wäre eine Nachbetrachtung des Ordnerdienstes der NPD der Zeit zwischen 1968-1973 interessant. Interessant, weil die Agenten Kuche und Weinmann zur selben Zeit in Bonn aktiv waren, als die sog. Wehrsportgruppe Hengst in Bonn ausgehoben wurde. Diese 18köpfige Gruppe die bis an die Zähne bewaffnet gewesen war, wurde vom damaligen NPD Vorsitzenden des Bonn umgebenden Rhein-Sieg-Kreises, sowie vom Kuche Vorgänger im Amt des NHB Vorsitzenden Rüdiger Kraus angeführt. Ein weiteres Beispiel wäre die WSG Hoffmann, für die der Agent Weinmann neben mindestens einem weiteren Agenten eine Untergliederung betreute. Viele ungeklärt Fragen bezüglich der umfangreichen Waffendepots der "Deutschen Aktionsgruppen" des Rechtsterroristen Manfred Roeder bleiben unbeantwortet. Das letzte, aber bestimmt nicht allerletzte Beispiel, ist die Einmischung deutscher Agenten in den Südtirolterrorismus, in dem Weinmann nur einer von vielen Agenten ist.



Schlußbemerkung

Die beschriebenen Fragen, die sich aus den neuen Erkenntnissen über die Verknüpfung von Rechtsextremismus bzw. -terrorismus und öffentlichen Institutionen ergeben, geben eine zu einer differenzierteren Sichtweise als bisher Anlaß. Die klassische Frage nach dem QUI BONO, dem wem nützt es, sollte auch heute gestellt werden, da man bei einer nur allzu oberflächlichen Betrachtung auch nur allzuleicht im Nebel einer öffentlich projizieren "Realität" versinkt. Gerade der massive Aufbau neuer rechtsterroristischer Wehrsportgruppen und ihrer Schlagrichtungen sollte auch in Zukunft einer genauen Analyse zuteil werden genauso wie der Trend der staatlichen Politik, oder wir bleiben weiterhin eine Gesellschaft von "Einzeltätern".

David Taylor

Das Konzept "Multikulturelle Gesellschaft"

Die Vision ...

Der Papst all derjenigen, die von multikultureller Gesellschaft reden, nämlich der GRÜNE Frankfurter Kulturdezernent Daniel Cohn-Bendit, sagte selbst einmal "Dieses ganze Gerede von der multikulturellen Gesellschaft geht mir echt auf den Keks."

Uns auch.

Zum Teil deswegen, weil nämlich diejenigen PolitikerInnen und Wirtschaftsbosse, die diesen Begriff so inflationär für ihre Zwecke gebrauchen, damit etwas ganz anderes meinen, als die gegen den Rassismus demonstrierende, "kerzenhaltenden" Deutschen. Was Wirtschaftsvertreter, CDUler und Vertreter aus SPD und Grünen damit meinen, soll später diskutiert werden. Was diesen Begriff für die "kerzenhaltenden" Deutschen unserer Meinung nach so attraktiv macht, soll zuerst dargestellt werden.

Diese "toleranten" Deutschen sind besorgt über den Rassismus auf den Straßen, der sich unter dem Gejohle der Anwohner vor den Flüchtlingsheimen in der ganzen BRD austobt. Sie lehnen diesen rassistischen Terror und Faschismus ab und sind dagegen, daß "Unschuldige" gejagt und verjagt werden. Sie sind dafür, daß AusländerInnen effektiv, d. h. für sie durch den Staat, geschützt werden. Sie sind diejenigen, die kerzenhaltend auf die Straße gehen - aber auch gleichzeitig meinen, damit genug getan zu haben.

Die Glaubwürdigkeit multikultureller Konzepte liegt für sie darin, daß sie Toleranz und Friedfertigkeit gegenüber den hier lebenden AusländerInnen versprechen. Auf dem Kongreß "Kulturelle Vielfalt Europa" 1990 in Berlin faßte Jürgen Micksch von der Evangelischen Akademie Tutzing den Begriff 'multikulturell' so zusammen:

"Im Sinne von Artikel 3 des Grundgesetzes wird von einer multikulturellen Gesellschaft gesprochen, wenn Menschen mit verschiedener Abstammung, Sprache, Herkunft, Religion oder politischer Anschauung so zusammenleben, daß sie deswegen weder benachteiligt noch bevorzugt werden. Der Begriff der multikulturellen Gesellschaft geht davon aus, daß es zwischen verschiedenen kulturellen Prägungen Konflikte gibt, die nicht durch Ausgrenzung und Benachteiligung, sondern durch dialogische Formen des Umgangs miteinander gelöst werden. Voraussetzung für eine multikulturelle Gesellschaft ist daher die Gleichbereichtigung."

... als Mogelpackung

Erfunden wurde das Konzept der 'multikulturellen Gesellschaft' von SPD und Grünen - dieses Konzept zu befürworten, gehört heute zum guten Ton, wenn mensch sich von Rassismus und Ausländerfeindlichkeit distanzieren will. Zu denen, die dafür eintreten, gehören

unsere ach so progressiven und liberalen Vertreter aus den Arbeitgeberverbänden,

"radikal-liberale" CDU-Menschen wie der CDU-Yuppi Heiner Geißler,

sowie natürlich die VertreterInnen des Konzepts speziell aus den Reihen der Grünen.

Die Sprecher der 'Arbeitgeber'-Verbände, Industrielle und einzelne CDU-VertreterInnen finden klare Worte für die wirtschaftliche Verwertbarkeit der ImmigrantInnen: "Überall schrumpft und vergreist die Bevölkerung. Damit aber wird es in den nächsten Jahren europaweit zum Wettbewerb um junge leistungsfähige Arbeitnehmer kommen." [1] "Eine Öffnung der Grenzen für unbegrenzte Einwanderung ist gewiß kein Patentrezept. Läßt man sie aber im richtigen Maße zu, kann allein dies auf Dauer die Anpassungslasten erheblich vermindern und dazu führen, daß unerträgliche Folgen des Geburtenrückgangs vermieden werden." - so der Vorstandsvorsitzende von Daimler Benz, Edzard Reuter, in einem Vortrag vor dem Verein deutscher Lebensversicherer. [2]

Einwanderer "gleichen als Lückenbüßer die Verkrustungen des Arbeitsmarktes aus, der von sich aus nicht mehr in der Lage ist, Angebot und Nachfrage nach Arbeit zur Deckung zu bringen." [3] So brechen beispielsweise in NRW verstärkt seit der Annexion der DDR und der Auflösung des Ostblocks Bauarbeiter aus Polen und und der Ex-DDR, angeheuert von Subunternehmen, tariflich vereinbarte Stundenlöhne und Arbeitszeitregelungen, sprich "Verkrustungen des Arbeitsmarktes" auf. Ökonomisch macht es für die Wirtschaftsvertreter keinen Sinn zu unterscheiden zwischen In- und AusländerInnen oder zwischen Aus-, Um- und ÜbersiedlerInnen mit deutschem Paß aber ohne deutsche Sprachkenntnisse und den vielen hier schon lange lebenden AusländerInnen. Ins gleiche Horn stößt der CDU-"Linke" Heiner Geißler. Er kennt zur multikulturellen Gesellschaft keine Alternative, um die schwerwiegenden Folgen des Altersaufbaus der deutschen Gesellschaft für die Wirtschaft aufzufangen. [4]

Es sollen also die AusländerInnen hereingelassen werden, die die Wirtschaft gebrauchen kann. Es bleibt dann nur noch das Problem, diese auch in die Gesellschaft zu integrieren. Im Kern reden Geißler und seine multikulturellen Freunde aus der Wirtschaft von Rassismus nach außen und 'Gleichbehandlung' im Innern der Festung Europa. Multikultur steht für sie für Sicherung der materiellen Privile-

gien der deutschen Bevölkerung - und materiellen Interessen der deutschen Wirtschaft. Natürlich verstehen sie sich dabei als Antirassisten.

Erlebnisvariante des Gourmets

AntirassistInnen sind selbstverständlich auch die multikulturellen VordenkerInnen innerhalb der Grünen und SPD. Der Bevölkerung müssen die "Ängste vor Überfremdung" genommen werden. Auch Daniel Cohn-Bendit hat "Ängste vor dem Fremden". Er will "keinem seine deutsche Kultur wegnehmen." [5] Auch gesteht er den verschiedenen Kulturen ein Recht auf Selbstbehauptung zu, das aber "seine Gültigkeit (verliert), wo es die republikanischen ... Normen unserer Zivilisation verletzt (einer Zivilisation, die strikt der republikanischen Tradition der europäischen Moderne verpflichtet ist)..." [6] An dieser Stelle ist vielleicht die Frage erlaubt, von welcher "deutschen Kultur" und von welcher "republikanischen Tradition der europäischen Moderne" Cohn-Bendit eigentlich redet?

Cohn-Bendit will also keinem seine deutsche Kultur wegnehmen - andererseits weiß auch er, daß es Wanderungsbewegungen in die Länder der "ersten Welt" gibt. Seine Lösung: Einwanderungsquoten. Zitat: "Bei ihrer Festlegung muß dreierlei berücksichtigt werden: die ökonomischen ... Notwendigkeiten einer Gesellschaft mit rückläufiger Geburtenrate; die liberalen, republikanischen Prinzipien eines weltoffenen Staates; und die Frage, was in dieser Gesellschaft sozialpolitisch ... zu verkraften ist." [6]

Die AusländerInnen, die die Quoten und damit die neuerrichtete Hürde oder Mauer um Europa überwunden haben, werden dann aber auf einmal eine Bereicherung der Gesellschaft. Frankfurts Kulturdezernent Hoffmann sieht in der Multikulturalität in der Kommune eine Chance - für eine Bereicherung des Speiseplans: "Wir empfinden die Vielfalt der Großstadt als besonderen Reiz, auch die Vielfalt ihrer Menschen als permanente Anregung, als stimulierende Erlebnis-Variante. Wer sich aussuchen kann, aus besonderem Anlaß indisch, französisch oder hessisch essen zu gehen, empfindet auch diese Freiheit..." [7]

Für die deutschen Nutznießer der multikulturellen Gesellschaft gibt es weitere Vorteile: "Die meisten Asylbewerber sind Menschen, die eine irrsinnige Energie haben... Und diese Energie würden sie unheimlich produktiv einsetzen hier in dieser Gesellschaft. Sie würden viele Arbeiten machen."5 Ergebnis ist dann wohl das Dienstmädchen, das Zimmermädchen, der Kellner, der Bauarbeiter... die alle zu einem Stundenlohn von 8,-DM die Deutschen bedienen. "Für viele Deutsche ... bedeutet ein hoher Ausländeranteil auch die Chance einer vielversprechenden Karriere - sie können als Vorarbeiter eine leitende Funktion übernehmen. Das erhöht die soziale Mobilität und sorgt dafür, daß die Ärmsten nicht ewig die Ärmsten bleiben." [8] Diese Rolle der Ärmsten sollen dann wohl die EinwanderInnen übernehmen. Und wir Deutschen "müssen lernen, mit der Armut zu leben, ohne gleich in Ohnmacht zu fallen, wenn wir sie zu Gesicht bekommen."[8]

Ausbeutung kennt keine Grenzen

Mensch tut den Ideologen des multikulturellen Konzepts also wirklich Unrecht, wenn wir sie verdächtigen würden, Armut und Ausbeutung hier und vor allem in der sogenannten 3. Welt anzugreifen oder gar zu bekämpfen. Noch nicht einmal die Frage nach den Ursachen der Flucht in die reichen Industrieländer wird im allgemeinen gestellt.

Das multikulturelle Konzept greift weder den Kapitalismus hier noch die imperiale Ausbeutung weltweit an. Der Unterschied zwischen multikulturellen Grünen und SPDlern auf der einen Seite und Wirtschaftsvertretern und Geißler auf der anderen Seite ist nur graduell.

Das gefährliche an der Rolle der Grünen ist die Wiederholung der Geschichte: Schon mehrmals haben sie es geschafft, Oppositionsbewegungen in das System zu integrieren (siehe Friedensbewegung). Dies wiederholt sich mit dem Begriff Multikultur: Die Glaubwürdigkeit dieses Konzepts liegt in der Ablehnung jenes völkisch, braunen Rassismus, der sich momentan vor den Flüchtlingswohnheimen austobt. Multikultur verspricht auf den ersten Blick eine tolerante, friedfertige Gesellschaft - ein menschliches Zusammenleben mit AusländerInnen. Übersehen wird dabei, daß dahinter die genau kalkulierte Einsicht in ihre Nützlichkeit steht. An den Grenzen Westeuropas werden in Zukunft die für die Wirtschaft verwertbaren ImmigrantInnen selektiert werden, einige wenige werden die Chance haben, den Status als politische Flüchtlinge zu erwerben, der überwältigende Teil wird als "Wirtschaftsflüchtlinge" an den Grenzen abgewiesen werden.

1: W. Herz und R. Tichy, Wirtschaftswoche Nr. 7, 10.2.1989, S. 14ff.
2: zitiert nach A. Fanizadeh, "Die multikulturellen Freunde und ihre Gesellschaft", in: Redaktion diskus (Hg.), "Die freundliche Zivilgesellschaft", Edition ID-Archiv, 1992
3: B. Miegel vom Institut für Wirtschaft und Gesellschaft, zitiert in W. Herz und R. Tichy
4: siehe z. B. H. Geißler, DIE ZEIT, 15.11.1991
5: D. Cohn-Bendit, Der Spiegel, 22/1989
6: D. Cohn-Bendit und T. Schmid, DIE ZEIT, 22.11.1991
7: H. Hoffmann, Süddeutsche Zeitung, 3.6.1989
8: Dan Nitescu, Pflasterstrand März 1990 (damals war Cohn-Bendit noch Herausgeber; er verteidigte im Editorial diesen umstrittenen Artikel als Vision einer faszinierenden, aber auch darwinistischen multikulturellen Gesellschaft)
Ein empfehlenswertes Buch zum Thema: Redaktion diskus (Hg.), "Die freundliche Zivilgesellschaft", Edition ID-Archiv, Berlin, 1992

Roma prangern diskriminierende Berichterstattungen an

"Mit stigmatisierenden Berichten durch Behörden, Justiz und Medien werden zunehmend vorhandene Aggressionen in Teilen der Bevölkerung gezielt vor allem auf Sinti und Roma gerichtet", so der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma. Kritisiert wurden unter anderem Medien, die Roma als "Zigeuner" bezeichnen. Vorgeschlagen wurde beispielsweise, bei Berichterstattungen über Straftaten keine ethnischen Zuweisungen vorzunehmen. Die gesamte Minderheit der 70.000 in Deutschland lebenden Roma würde durch ethnische Kennzeichnung einzelner Beschuldigter kriminalisiert. Die Minderheit würde als Sündenbock für soziale Probleme mißbraucht.

Der Verfassungsrichter Helmut Simon bestätigte in einem Gutachten, daß die Erwähnung der Zugehörigkeit zu einer ethnischen Minderheit bei einer Beschuldigung eine Ausgrenzung sei. Er schlug vor, diese Art von Berichterstattung zu untersagen. Unterstützt wurde die Initiative von Ignatz Bubis, dem Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland. Verallgemeinerungen wie "Zigeuner", "Türken" oder "Juden" schaden, so Bubis, jeweils der gesamten Gruppe.

Alles Einzeltäter, oder wie, oder was?

"Ein politischer Hintergrund ist vielleicht nicht auszuschließen", so oder ähnlich kommentierte der Dortmunder Polizeisprecher einen Angriff auf Flüchtlinge als "Prügelei" zwischen Deutschen und Asylbewerbern. Am 11.Mai schlugen vier Deutsche mit Zaunlatten auf Flüchtlinge ein. Diese vier wurden dann in sensationeller Art und Weise von vier Streifenwagenbesatzungen verhaftet.(!)

Am 23.Mai kam es im Dortmunder Hauptbahnhof zu einem brutalen Angriff auf einen 24jährigen Nigerianer. Er wurde von vier Skinheads mit einer Flasche geschlagen und mit einer Axt bedroht. Der sonst überall präsente Bundesgrenzschutz (ehem. Bahnpolizei) sowie die vom Verkehrsverbund Rhein Ruhr (VRR) engagierte Truppe Schwarzer Sheriffs glänzte durch Abwesenheit.

Erst im Mai 93 erfuhr mensch von der Verhaftung des 23jährigen Rene E. am 24.Januar 1992. Dieser wurde nun vor dem Dortmunder Amtsgericht beschuldigt, einen randvollen Koffer mit Propagandamaterial der NSDAP in seinem PKW mitgeführt zu haben. Rene E. beteuerte vor Gericht natürlich, daß er seit langer Zeit aus der Szene ausgestiegen sei, und Springmesser, Schlagstock und Gaspistole nur zu seinem Selbstschutz mit sich führte. Seine Bomberjacke mit dem rechtsradikalen Anstecker hängt seit längerem im Schrank und die Haare wachsen auch wieder.

Dortmunder Burschenschaft Brandenburgia in Zusammenarbeit mit der Zeitschrift Junge Freiheit

Die seit Jahren an der Dortmunder Universität herumspukende Burschenschaft zeigte im Mai und Juni verstärkte Aktivität. So luden sie für den 25.Mai zu einer Veranstaltung zum Thema "Ausländerfeindlichkeit" ein. Interessierte AntifaschistInnen nahmen teil und registrierten neben dem verbalen Müll die Anwerbungsversuche von Claus Georg Pleyer für einen "Junge Freiheit Gesprächskreis Ruhrgebiet" in Dortmund. Die Junge Freiheit ist in den letzten Jahren zu einer der "bedeutendsten Publikationen" der Neuen Rechten geworden. Sie deckt ein Spektrum von rechten CDU-Kreisen bis ins militant-faschistische Lager ab und plant für 1994 die Umstellung von Monats- zur Wochenzeitung.

Pleyer war im Januar 1990 freier Mitarbeiter der nationalrevolutionären Zeitschrift "Wir selbst" und inseriert seit längerem in der Jungen Freiheit für seinen Gesprächskreis. Dortmunder AntifaschistInnen antworteten dieser Annonce im Jahre 1991 (Postfach 10 31 08, 4600 Dortmund) und erhielten für den 17.12.91 die erste Einladung in die Dortmunder katholischen Kolping-

Bonn

Dortmund

gaststätten. Das am 11.5.1993 ein "Junger Freiheit Gesprächskreis Köln" sich in dem dortigen Kolpinghaus traf, mag mensch nachdenklich stimmen.

Der Wahlkampf beginnt

Wie uns erst später bekannt wurde, traute sich der Dortmunder Kreisverband der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) mal wieder auf die Straße. So zeigten sie am 03.04. Präsenz durch einen Infostand im Dortmunder Stadtteil Eving. Nach ihrem internen Grillnachmittag im Juli 1991, der leider nicht ganz störungsfrei verlief, (sie hatten die Einladung unter einem Kopierer im Copy Shop vergessen) war das Dortmunder Stadtbild von ihrer Anwesenheit lange Zeit befreit. Am 12.Mai fand dann eine interne Versammlung der NPD in Dortmund statt. Unter den 30 TeilnehmerInnen befanden sich mehrere aus Bochum. Nach gezielten Anwerbungsversuchen an der Dortmunder Universität, auf Flugblättern wurden u.a. KandidatInnen für den nächsten Kommunalwahlkampf gesucht, muß mensch dieser Gruppierung wieder mehr Aufmerksamkeit gönnen. Die Fraktion der Republikaner im Dortmunder Rat, zunächst 5köpfig angetreten, schrumpft weiter. Hatte sie sich im September 1990 erst einmal gespalten (Konservativ Soziale Fraktion), so schloß nun der Landesvorstand der Reps den Dortmunder Rats-Rep Max Branghofer rückwirkend zum 31.12.92 aus der Partei aus. Offizielle Begründung: "Nichtzahlung seiner Mitgliedsbeiträge". Und dann war da noch der Professor für Betriebswirtschaftslehre und Marketing an der FH Dortmund, Bernhard Klyscz. Am 15. Mai wurde dieser in Hessen zum stellvertretenden Landesvorsitzenden der Reps gewählt. Klyczs glänzt in seinen Vorlesungen durch Aussagen wie: "Hitler hat die billigsten Autos gebaut und perfektes Marketing präsentiert".

Bildung einer kriminellen Vereinigung

Bereits in der Ausgabe Nr.1 der Antifaschistischen NRW Zeitung vom Mai 1993 berichteten wir über die Verhaftung des NO und HNG Funktionärs Christian Sennlaub, nun beginnen die Mühlen Justitias zu mahlen. So erhob die Staatsanwaltschaft Dortmund im Juli Anklage gegen sieben Rechtsextremisten aus Dortmund, Witten und Stadtbergen (bei Augsburg) wegen Gründung einer rechtsextremen kriminellen Vereinigung. Nach einer Mitteilung der Staatsanwaltschaft wird ihnen weiter vorgeworfen, einen "inneren Kreis" innerhalb der inzwischen verbotenen Nationalen Offensive gebildet zu haben. Auf Sennlaub und zwei weitere kommt zusätzlich ein Verfahren wegen Werbens für die kroatische paramilitärische Organisation "HOS" zu. Ein Wittener kämpfte auf Vermittlung Sennlaubs für 4.000 DM monatlich in Bosnien. Den anderen wird sowohl ein Brandanschlag auf ein türkisches Lebensmittelgeschäft im Jahre 1988 vorgeworfen, als auch Steinwürfe gegen ein AsylbewerberInnenheim in Witten.

Düsseldorf: Rep-Stand blockiert

Am 24. April wurde in Düsseldorf abermals ein Rep-Stand erfolgreich blockiert. Zahlreiche PassantInnen solidarisierten sich, einige sogar soweit, daß sie sich spontan in die Blockade einreihten.

Drei Jahre Haft für Brandstifter

Anfang April wurde der 23-jährige Rolf D., der im September 1992 einen Brandanschlag auf ein Flüchtlingsheim in Düsseldorf verübte, zu drei Jahren Haft verurteilt. Er hatte damals zusammen mit einem Freund zwei Molotow-Cocktails aus Cola-Flaschen hergestellt und in den Eingangsbereich der Flüchtlingsunterkunft an der Pflugstraße geworfen. Größerer Schaden entstand glücklicherweise nicht, da es den BewohnerInnen gelang, das Feuer rechtzeitig zu löschen. Der Freund des Rolf D. ist dagegen flüchtig und wird mit Haftbefehl gesucht.

Brauner unter schwarzem Talar

Während der rechtsextremistische ehrenamtliche Arbeitsrichter Peter Markert Anfang des Jahres seine Suspendierung in Empfang nehmen mußte, ist in Düsseldorf weiterhin ein Brauner unter schwarzen Talaren tätig. Es handelt sich um den ehrenamtlichen Arbeitsrichter Klaus Schulte aus Wuppertal. Schulte war in den 70er Jahren in der NPD aktiv. Seit 1993 übt er nach einem Vorschlag durch den Deutschen Arbeitnehmer-Verbande (DAV) am Düsseldorfer Arbeitsgericht das Richteramt aus. Die ÖTV fordert seine Entlassung. (Siehe auch Ostwestfalen/Detmold)

Faschisten in Bedrängnis

Spätestens seit Anfang dieses Jahres hatte auch Düsseldorf sein neofaschistisches Zentrum: Die Jägerstr. 4 im Düsseldorfer Stadtteil Eller.

Hauptmieter des Gebäudes ist der "Nationalverleger" und Gemeindevorsteher der DEUTSCHEN UNITARIER RELIGIONSGEMEINSCHAFT Düsseldorf, Kurt Winter. Winter wurde im November 1991 zum Vorsitzenden der rechtsextremen FREIEN WÄHLERGEMEINSCHAFT DÜSSELDORF gewählt (sh. NRW-ANTIFA-ZEITUNG Nr. 1, Mai 93), deren Geschäftstelle in der Jägerstelle eingerichtet wurde. Winter betreibt mehrere Verlage, Buchdienste und Vertriebe, deren Programm so manches Nazi-Herz höher schlagen läßt. So findet man in Winters Verlagsprogramm Werke, die es sich zur Aufgabe gemacht haben "die klare Begründung (zu liefern), weshalb die multikulturelle Gesellschaft von vorherein zum scheitern verurteilt ist" und bezeichnenderweise den Titel "Genesis und Genetik. Die Stimme der Bibel zur Vererbungslehre" tragen. Offensive Werbung für in den neofaschistischen Verlagen GRABERT, DVG und Klosterhaus erschienene Werke sprechen ebenso für sich wie Winters Hofautor Rolf Carsjens, dem selbst Thies Christophersen, Verfasser der "Auschwitz-Lüge", schon einmal Gelegenheit gab, in seiner "Bauernschaft" zu publizieren. Winters Stellvertreter in der FWG, der währenddessen bundesweit bekannte Torsten Lemmer, koordinierte und initiierte nach seinem Rücktritt als Fraktionsgeschäftsführer von der Jägerstr. aus die Politik der FWG, die sich zumeist in massiver Hetze gegen Flüchtlinge und AusländerInnen ausdrückte. Parallel baute er gemeinsam mit Manfred Rouhs von der Kölner DL, STÖRKRAFT-Mitgliedern und weiteren FWG-Mitgliedern ein Vertriebsnetz für neonazistische Tonträger, Schriften und T-Shirts sowie eine Nazi-Skin-Zeitung (MODERNE ZEITEN) auf. Lemmer u.a. traten als Mitherausgeber von Rouhs' Postille EUROPA VORN auf und verlegten die Redaktion von Köln nach Düsseldorf in die Jägerstr.

Über Flugblätter, die STATTZEITUNG TERZ und Aktionen informierten Düsseldorfer AntifaschistInnen seit Monaten über die Aktivitäten auf der Jägerstr. Auch aufgrund der offengelegten Aktivitäten von Lemmer und Co. und deren Zusammenarbeit mit Gruppen bis tief in die militant neonazistische Szene sowie einer interessierteren Öffentlichkeit kam es zu ersten Spaltungstendenzen innerhalb der FWG. Wohl weniger aus inhaltlichen, als aus strategischen und geschäftlichen Gründen wurde Torsten Lemmer "zurückgetreten" und damit der sogenannte Lemmer-Flügel, also der aktive und FWG-tragende Teil abgespalten. Seinen Rücktritt aus allen FWG-Ämtern begründete Lemmer mit "familiären Gründen" und damit, daß er von der FWG enttäuscht sei.

Für den 7. Juni organisierten Düsseldorfer Antifa-Gruppen im Elleraner Bürgerhaus, wenige hundert Meter entfernt von der Jägerstr. 4, eine Stadtteilveranstaltung zum Thema "Nazi-Zentrum". Vorausgegangen war eine breite Flugblattaktion im Stadtteil. 2 Tage vor der Veranstaltung (und wenige Tage nach den Morden in Solingen) trat dann auch Kurt Winter von allen FWG-Posten zurück und untersagte der FWG, die Jägerstr. 4 weiterhin als Geschäftsstelle zu nutzen. Am Tag der Veranstaltung forderte er sogar Polizeischutz an und verteilte Gegendarstellungen in Flugblattform. Die Veranstaltung selber kann als großer Erfolg bezeichnet werden. Ca. 100 BürgerInnen begehrten Einlaß, 30 aufgrund der beengten Räumlichkeiten vergeblich. Im Anschluß gründete sich eine Bürgerini, die Infostände im Stadtteil sowie eine Wiederholung der Veranstaltung Anfang Juli organisierten und auch weiterhin tätig ist. Eine 3. Veranstaltung zum Thema "Organisierter Rechtsextremismus in Düsseldorf" folgte in der Uni. Als größter Erfolg bis heute kann gewertet werden, daß die nicht in Düsseldorf wohnende Hauseigentümerin der Jägerstr. 4, der bisher kaum etwas über die Machenschaften in Düsseldorf bekannt war, ihren Anwalt mit der Kündigung von Winters Mietvertrag beauftragte. Auch die Redaktion von EUROPA VORN ist zwischenzeitlich wieder aus Düsseldorf verschwunden. Auch hier scheint es internen Streit, dieses mal zwischen Lemmer und Rouhs, gegeben zu haben.

Natürlich kann noch lange nicht davon gesprochen werden, daß der braune Sumpf um die Jägerstr. ausgetrocknet worden ist -Lemmer und Winter verkaufen auch heute noch ihren Nazi-Ramsch - , immerhin ist es aber gelungen, dazu beizutragen, daß die FWG voraussichtlich ins politische Aus manövriert, die Struktur der Faschisten schwer angeschlagen ist und mehr Menschen als bisher aktiv geworden sind.



Kurt Winter

Essen: Die REPs treten an

In Essen werden die Republikaner im kommenden Jahr erstmals bei den Kommunalwahlen antreten. Bei den letzten Kommunalwahlen hatte es ein unbedeutendes Bündnis von Mitgliedern der NPD, der DVU und der REPs gegeben. Nach den Wahlergebnissen in Hessen wollen die REPs gerade die SPD-Hochburgen im Ruhrgebiet zu den Schwerpunkten ihres Wahlkampfs machen.

(Quelle: Antifaschistische Nachrichten)

Hagen: Ein Roter wird braun

Mitte April kündigte SPD-Oberbürgermeister Thieser an, die Stadt Hagen werde keine Füchtlinge mehr aufnehmen. "Ob das rechtlich zulässig ist, soll uns vorerst egal sein (...) wir müssen uns wehren", sagte er und appellierte an alle NRW-Kommunen, dem Beispiel zu folgen. Der angekündigte Aufnahmestopp ist nur eine Etappe des anhaltenden Trends nach rechts.

Fünf Monate zuvor hatten Braune aus Hagen für landesweites Aufsehen gesorgt. Im Dezember 1992 wurden drei Jugendliche aus Hagen wegen eines Brandanschlags auf ein Wohnheim für Flüchtlinge zu mehrjährigen Freiheitsstrafen verurteilt. Ermuntert vom Geschrei der Politiker über "Scheinasylanten" und "Flüchtlingsfluten" waren sie auf ihre Weise aktiv geworden. Was sie mit ihren Molotow-Cocktails nicht erreichten, will Oberbürgermeister Thieser nun mit einem eigenwilligen Vorstoß zuwege bringen. Er will keine weiteren Flüchtlinge mehr in seiner Stadt. Diesen Wunsch hat er nicht nur mit den Brandstiftern gemeinsam. Die Stadtratsfraktionen der SPD, FDP, CDU und der Republikaner gaben ihm Rückendeckung. "Ich freue mich sehr darüber, den Oberbürgermeister Thieser jetzt als Kampfgenossen an meiner Seite begrüßen zu dürfen", so der Fraktionsvorsitzende Schulz von den Hagener Republikanern. Die Hagener SPD erkannte zwar schnell, daß ein Aufnahmestopp gegen geltendes Landesrecht verstoßen würde und weiterhin Flüchtlinge aufgenommen werden müssen, unterstützte jedoch einen leicht abgeschwächten Kurs. Die Verwaltung solle in wirksamer Weise gegen eine weitere Zuweisung von Flüchtlingen durch das Land vorgehen und Turnhallen sollen nicht belegt werden. Natürlich wissen die Sozis, daß sie mit der Aufforderung an die Verwaltung nichts als leere Sprechblasen schufen. Schließlich ging es auch nicht um die Sache, sondern um die Eroberung rechter Wählerkreise für die bevorstehenden Wahlen im nächsten Jahr. Die CDU entwarf ein fast gleichlautendes Papier und schloß schnell noch die AussiedlerInnen in den gewünschten Aufnahmestopp mit ein. Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt stimmte zu.

Stimmungsmache mit angedrohten Turnhallenbelegungen

Um seine Position in der Öffentlichkeit zu vertreten, entwarf Thieser ein düsteres Szenario. Bis Mitte des Jahres würden der Stadt Hagen weitere 1.000 Flüchtlinge zugewiesen. Hierfür würde es an Unterbringungsmöglichkeiten und Geld fehlen, die Belegung von Turnhallen wäre nicht zu vermeiden. Die Panikmache des Bürgermeisters ist nach Ansicht der Hagener Grünen nicht gerechtfertigt. Zunächst einmal sei die Zahl von 1.000 Neuaufnahmen falsch und überhöht. Nach Auskunft des Düsseldorfer Sozialministers sind bis zum Herbst 705 Flüchtlinge in Hagen aufzunehmen. Mitte April, als Thieser mit der Belegung von Turnhallen drohte, standen 250 freie Plätze für Flüchtlinge zur Verfügung, weit mehr als in anderen Städten. Aus der Verwaltung der Stadt hörten die Grünen, daß die Unterbringung der neu ankommenden Flüchtlinge überhaupt kein Problem sei.

Die Gelder für die Unterbringung der Asylsuchenden werden den Kommunen von Land und Bund erstattet. Dies geschieht allerdings schleppend und ist für viele Kommunen ein Problem. Doch die Klagen aus Hagen sind zynisch. Die Stadt erhielt im vergangenen Jahr zusätzliche 500.000 DM zur Betreuung der Flüchtlinge. Aus diesem Posten wurde lediglich ein Sozialarbeiter finanziert, der Rest des Geldes wurde für die Deckung von Verwaltungs- und Sachbearbeitungskosten zweckentfremdet.

Der sympathische Gewerkschafter...

Die Reaktionen der Medien fielen erstaunlich positiv aus. Thiesers Ziehen der "Notbremse" sei berechtigt, so die Hagener Westfalenpost in einem Kommentar, in dem vor einer "neue(n) Welle von Asylbewerbern" gewarnt wird. Schlepper-Organisationen hätten Monate des politischen Nichtstuns genutzt, um Menschen ins Land zu schleusen. Und der WDR stellte Thieser in einer Sendung als sympathischen Gewerkschafter vor, von Ausländerfeindlichkeit keine Spur. Jusos, Diakonisches Werk und Grüne konterten, republikanisches Gedankengut übelster Sorte habe Thieser da von sich gegeben. Mit seinem Aufruf zum Rechtsbruch habe er den Rechten Aufwind gegeben. Die Ereignisse geben ihnen recht, denn einige Rassisten fühlten sich schnell ermutigt, im Rathaus Flugblätter zu verteilen. Die Pamphlete warnten, im Stil des "Stürmers" mit Bildern der vermeintlichen Untermenschen versehen, vor Schuß- und Stichwaffengebrauch, Einbrüchen, Diebstählen, Überfällen, Vergewaltigungen etc. durch AsylbewerberInnen.

...im nationalem Taumel

Es ist nicht das erste Mal, daß Thieser den Braunen die Stiefel putzt. Im Dezember letzten Jahres lobte er im Rat der Stadt die sogenannte "Heimatpolitische

Standortbestimmung" der "Kreisgemeinschaft Lyck". Der frühere Kreis Lyck liegt heute in Polen und heißt Elk. In der 1991 beschlossenen Erklärung wird behauptet, daß "Ostpreußen ein Teil Deutschlands ist" und gefordert, daß "die Wiedervereinigung Ostpreußens mit Deutschland angestrebt wird". Der OB übernahm die den deutsch-polnischen Verträgen widersprechenden Parolen für die Wiederherstellung von Deutschland in den Grenzen von 1937 und erhielt im ersten Überschwang Beifall von fast allen Ratsmitgliedern für das großdeutsche Kriegsgeschrei. Die Kreisgemeinschaft Lyck kann sich weiterhin der finanziellen Unterstützung der Stadt Hagen sicher sein. Ein späteres Gespräch von einigen zur Besinnung gekommenen VertreterInnen verschiedener Stadtratsfraktionen mit dem Funktionär Bandilla der Kreisgemeinschaft Lyck änderte hieran nichts. Auch Bandilla machte keine Zusagen, das Papier zu korrigieren. Warum auch, wenn selbst der SPD-Oberbürgermeister dahinter steht und das Geld weiter sprudelt.

Recht und regieren, bald zwei Paar Schuhe?

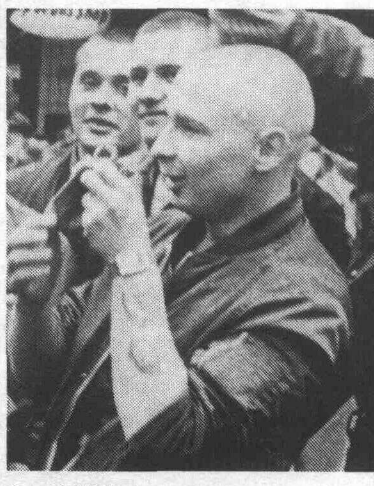
Thieser jedenfalls liegt voll im Trend mit seiner Ankündigung, auf geltendes Recht braun scheißen zu wollen. Der CDU-Lantagsabgeordnete Lichtenberg hatte schon 1991 verkündet, in der Flüchtlingspolitik müßten die Überlegungen bis zum gesetzlichen Ungehorsam gehen. Kanzler Kohl beschwor im Oktober des letzten Jahres das Szenario vom Staatsnotstand herauf und kündigte das Abweisen von Flüchtlingen an den Grenzen an, falls keine Mehrheit für eine Änderung des Asylrechts im Grundgesetz zustande käme. Dann wolle er einfach so tun, als wäre das Grundgesetz geändert worden und entsprechend handeln, lies er damals verlauten. Das Gepolter des Dicken, der einen Verstoß gegen das geltende Grundrecht auf politisches Asyl plante, wurde jedoch schnell von besorgten Parteifreunden gedämpft. Zusätzlich gab die SPD-Spitze klein bei. Als es dann um einen Verfassungskonsens hinsichtlich möglicher Bundeswehreinsätze außerhalb der NATO ging, trat im Januar CDU-Generalsekretär Hintze in den Ring. Auch er wollte notfalls von einer klarstellenden Verfassungsänderung absehen, um die nationalen Muskeln spielen zu lassen. Die Drohung mit Rechtsbrüchen wird zum politischen Programm der Etablierten, wenn es um deutsch-nationale Fragen geht. Sie sind derart schnell auf ihrem Weg nach rechts, daß sie mit den notwendigen Korrekturen des Rechts gar nicht mehr nachkommen.

Deutsche Liga

Der Kreisverband Hagen der Deutschen Liga ist im Dezember 1991 gegründet worden. Vorsitzender ist Walter Matthias Stanek, der schon 1989, zusammen mit seiner Frau, für die REPs kandidierte. Stanek hat seinen Wohnsitz in der Spielbrinkstraße in Hagen-Haspe, genau dort, wo das größte rechte Wählerpotential existiert. Seit dem Bestehen der DL in Hagen sind diverse Hetzflugblätter an die Haushalte der "lieben Landsleute" verteilt worden, deren Inhalt darin gipfelte, daß die Politiker "die Auffasssung aufkommen lassen, Demokratie bestehe darin, daß jeder tun und lassen kann, was er will." (Originalzitat aus DL-Flugi)

Neonazi-Urteil

Am Rosenmontag 1992 griff eine Gruppe von 5-6 Nazi-Skins einige Punks auf dem Hagener Wilhelmsplatz an, wobei einer der Punks krankenhausreif geschlagen wurde. Der "Hauptschläger" war Bernd Weber, seit Jahren ein stadtbekannter Neonazi. Weber bewegt sich zusammen mit seiner Freundin Bettina Eulenberger im Umfeld der rechtsextremen Parteien DVU und FAP. Er kann eine ganze Palette an Straftaten gegen Linke und Ausländer(innen) vorweisen. Beim Prozeß am 24. Juni, erklärte der angeklagte Weber, er sei Skinhead geworden, weil ihm Kleidung, Musik und Auftreten dieser Jugendbewegung gut gefielen. Der Richter bescheinigte Weber allerdings eine ausgesprochene Ausländerfeindlichkeit. Bernd Weber hat nun, inklusiv anderer Vorstrafen, gut 18 Monate Haft auf 3 Jahre Bewährung ausstehen.



Bernd Weber

Unabhängige Wählergemeinschaft gegründet

Im April 1993 ist jetzt auch in Hagen eine sogenannte Unabhängige Wählergemeinschaft (UWG) gegründet worden. Die Initiatoren sind Hans-Peter Bergmann, Hans-Erich Wirtz und Adolf Hoch. Bergmann und Wirtz gründeten vor etwa einem Jahr die "Hagener Liste", die aus der vierköpfigen REP-Ratsfraktion hervorging. Hoch war mehrere Jahre Pressesprecher des berüchtigten "Asyl-Stopp"-Oberbürgermeisters Dietmar Thieser. Die Gründungsveranstaltung der UWG fand vor allem bei den Anhängern von Hans-Peter Bergmann regen Zuspruch.

Körperverletzung per Auto

Auf der landesweiten Demonstration in Solingen am 1. Juni, kurz nach dem Anschlag, fuhr ein Hagener Autofahrer bewußt eine Demoteilnehmerin an und verletzte sie schwer. Das Auto fiel schon einige Stunden vorher auf, als der Fahrer und zwei Beifahrer des Wagens mit dem Kennzeichen HA-DN 620 Nazi-Parolen gröhlend durch Solingen fuhren. Bei dem Fahrer handelt es sich um den einschlägig bekannten Hagener Nazi Ralf Liening. Schon 1984 wurde Liening nach einem Überfall auf einen Supermarkt, dessen Erlös in die Parteikasse der NPD fließen sollte, von der "Hilforganisation für nationale politische Gefangene" (HNG) betreut. In der Folgezeit versuchte Liening Skins und sogenannte "Teds" für die rechte Szene zu gewinnen. 1991 erschien er als einer der Unterzeichner des Aufrufes "Freiheit für Königsberg" des Vereins Unitas Germanica. Dieser Verein fungierte bis vor kurzem als Herausgeber der neurechten Monatszeitung "Junge Freiheit. Zuletzt fiel Liening als einer der Organisatoren im Hintergrund der "Anti-Antifa-Demo" in Meschede am 27.12.92 auf, die übrigens von entschlossenen Antifa-Leuten aufgelöst wurde.



Ralf Liening und Bernd Weber

Koblenz: Skinhead in Psychiatrie eingewiesen

Der 23jährige Skinhead, der im Sommer letzten Jahres in der Koblenzer Innenstadt einen Obdachlosen erschossen und sechs weitere Personen verletzt hatte, ist am 10. Juni zu fünfzehn Jahren Haft und zu der Unterbringung in einer psychiatrischen Klinik verurteilt worden. Das Gericht ermittelte als Motiv "Mordlust, nicht Rassenhaß".

Koblenz: Anklage gegen Petritsch

Die Koblenzer Staatsanwaltschaft hat am 22. Juni gegen den 24jährigen Sänger und Texter der Skinband "Störkraft" Jörg Petritsch Anklage wegen Volksverhetzung und Verwendung verfassungsfeindlicher Symbole und Propaganda erhoben. Viele der Störkraft-Texte seien jugendgefährdend und stachelten zum Ausländerhaß auf.

Köln: Vorbereitungen auf das Wahlkampfjahr 1994

Lange vor der heißen Wahlkampfphase beratschlagen führende Vertreter aus dem rechten und faschistischen Lager zukünftige Wahlbündnisse und Wahlstrategien. Ende März 1993 trafen sich Markus Beisicht (Fraktionsvorsitzender der Deutschen Liga,Köln), Peter Dehoust (Herausgeber von Nation und Europa,Coburg),Manfred Rouhs (Kreisvorsitzender der Deutschen Liga, Köln), Thomas Salomon (NPD, Berlin) und Ingrid Schönhuber (München) als Vertreterin für die Republikaner in den Räumen der Deutschen Liga Köln unter strenger Geheimhaltung. In einem Protokoll des Treffens, das der Kölner Stadtanzeiger in seiner Ausgabe vom 12./13. Juni veröffentlichte, sind die wichtigsten Ergebnisse dieser Zusammenkunft festgehalten.

Peter Dehoust nennt als Ziel des "Arbeitskreises für nationale Politik: Kommunikation herstellen, verbindliche Entscheidungen für das Vorgehen der Deutschen Rechten treffen." In Köln soll die Konkurrenz mehrerer rechter Wahlplattformen ausgeschlossen werden; nur die neu zu gründende Regionalpar-

tei "Deutsche Liga Köln" soll die angestrebten 20% der Stimmen zusammenbringen - mit überregionaler Unterstützung. NPD, Republikaner und DVU verzichten auf eine Kandidatur. Um die DVU zu diesem Schritt zu bewegen, soll die "gute, kameradschaftliche Verbindung von Rouhs zu Bruno Wetzel genutzt werden." Rouhs vertrat die Ansicht, daß der Bundesverband der DL politisch unbedeutend sei.

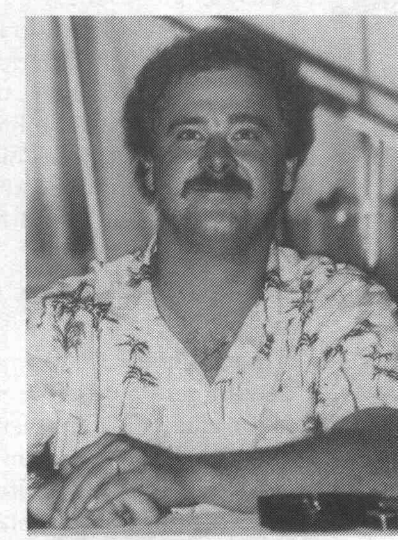
Die Deutsche Liga Köln plant, sich den Republikanern anzuschließen, falls diese die 5%-Hürde schaffen und in den Bundestag einziehen sollte. Salomon bietet logistische Wahlkampfhilfe an, besteht aber darauf, daß der Kölner NPDler Peter Lignau einen Platz auf de Reserveliste für den Stadtrat erhält. Lignau trat schon in der Vergangenheit als Vertreter der Kölner NPD bei Veranstaltungen der DL auf. Lignau, der auch bestens mit dem DL-Landesvorstandsmitglied und Ku-Klux-Klan-Aktivisten Max Caspary bekannt ist, ist ein Verbindungsglied zur militanten Nazi-Szene. Auf nebenstehendem Foto, kann man gut erkennen, daß ihm ein paar Fingerglieder fehlen. Diese verlor er nach einme mißglückten Sprengstoffexperiment im Keller seines Hauses in Köln-Vogelsang.

Uneinigkeit besteht zwischen Rouhs und Beisicht darüber, ob und wie Harald Neubauer nach einem möglichen Übertritt ausgeschaltet werden soll. Auch über Wahlkampfstrategien wurde in dem Geheimzirkel diskutiert. Rouhs stellte ein Konzept für den Zeitraum von September 1993 bis Oktober 1994 vor. Insgesamt will die Kleinpartei 230 Stände und 9 Wurfsendungen durchführen, 23000 Plakate sollen verklebt werden. Eine besondere Rolle in dem Wahlkampfkonzept spielen die sogenannten "spektakulären Aktionen...(im Stil von "Merkblatt" und "Pampurova")". Zur Erinnerung: "Pampurova" steht für die von der DL veranstalteten Hetzjagd auf eine Romafrau, die mit Hilfe von Fahndungsplakaten ausfindig gemacht und dem Staat zur Abschiebung übergeben werden sollte.

Diese Fülle von Aktivitäten kostet Geld. Rouhs veranschlagt 1,1 Millionen DM; 725000 DM sind bereits von den beteiligten Parteien und Institutionen zugesagt worden.

Schon Ende April geht die Kölner Rechte mit diesem Konzept an die Öffentlichkeit. In der Einladung zur geplanten Auftaktveranstaltung zum Kommunalwahlkampf, die am 9. Juni stattfinden sollte, heißt es: "Es wird Ernst. In gut einem Jahr finden die Kölner Kommunalwahlen statt. Die Deutsche Liga tritt als die Kölner Vereinigte Rechte in allen 46 Kölner Wahlbezirken mit Direktkandidaten an. Ebenso kandidieren wir zu allen 9 Kölner Bezirksvertretungen."

Die geladenen Redner sollen auf die vorgesehenen Wahlkampfthemen einstimmen. So wollte Markus Beisicht zum Thema "Kein Bleiberecht für Zigeuner in Köln", Harald Neubauer über "Systembankrott - Deutschland 1993: Ein Staat vor dem Offenbarungseid" und Karl Richter (Chefredakteur der Deutschen Rundschau und von Nation und Europa) über "Die Bundesrepublik - ein Rechtsstaat mit Fragezeichen" sprechen. Manfred Rouhs wollte einen Beitrag mit dem Titel "Köln bleibt deutsch - wir sagen NEIN zur multikulturellen Gesellschaft" halten. Der Bremer Landtagsabgeordnete Altermann (ehemals DVU) sollte ein Grußwort verlesen.



Peter Lignau

Der Wahlkampf der "Vereinigten Rechten" wird aber nicht nur von dem rechtradikalen Parteienspektrum unterstützt, sondern auch von dem offen nationalsozialistisch auftretenden Flügel der Neonazis. So warb Christian Worch in einem Rundschreiben für die Teilnahme an der "Großveranstaltung" mit der Begründung: "Nach dem Brandanschlag von Solingen stehen allen rechten und nationalistischen Organisationen wieder schwerere Zeiten bevor. Um so wichtiger erscheint es mir, eng zusammenzustehen, alte Gräben zu überwinden und neue Verbindungen zu schaffen."

Es gibt noch mehr Verbindungen des Geheimzirkels zu militanten Neonazis. So trat bei einer Veranstaltung des mit Nation und Europa verbundenen "Hilskomitee Südliches Afrika" ein Journalist als Redner auf, der heute wegen des Mordes an dem südafrikanischen Kommunistenführer Hani vor Gericht steht.

Das Geheimtreffen und die Unterstützung aus dem neofaschistischen Spek-

trum haben wieder gezeigt, daß die rechte Szene längst nicht so zersplittert ist, wie es oft scheint. Einer "organisierten Verwirrung nach außen" entspricht eine relativ große ideolgische Übereinstimmung nach innen (vgl. Gert Heidenreich, Die organisierte Verwirrung, in: Benz, Rechtsextremismus in der Bundesrepublik, 1984) Bleibt nur zu hoffen, daß es ihnen in ihrem gesamten Wahlkampf so ergeht wie bei ihrer Auftaktveranstaltung. Die "Großveranstaltung" fand nicht statt, weil die Polizei wegen der zu erwartenden Gegenwehr linker Kräfte mit Ausschreitungen rechnete und das Spektakel verbot.

(Wenn nicht anders gekennzeichnet, sind alle Zitate dem Protokoll der Geheimsitzung entnommen.)

Köln: Druck auf die Deutsche Liga

Nachdem die Deutsche Liga in Köln im Frühjahr eine illegal in Köln lebende Roma per Steckbrief suchen ließ (ausführlicher Bericht in der letzten Ausgabe), fiel sie bei städtischen und anderen Behörden zunehmend in Ungnade. So kündigte die Postbank das Girokonto der DL. Anläßlich des Steckbriefes schrieb ein Mitarbeiter der Postbank an die DL, die Postbank sei "nicht bereit, es hinzunehmen, durch die Veröffentlichung eines ihrer Konten in Verbindung mit derartigen Umtrieben gebracht zu werden". Des weiteren wurden der DL-Ratsfraktion von der Stadt Köln die Telefonanschlüsse einschließlich des Faxanschlusses gesperrt. Das Kölner Verwaltungsgericht lehnte eine Wiederzulassung der Anschlüsse ab. Die DL hatte einen Antrag auf einstweilige Verfügung gestellt.

Geburtstagsgeschenk für Hitler

Ausgerechnet am 20.April, dem Geburtstag Hitlers, den immer noch Schwachköpfe in ganz Deutschland feiern, läßt die Stadtverwaltung erneut das antifaschistische Gemälde in der Elsaßstraße übermalen (siehe 6.3.93). Das Kulturamt der Stadt wollte sich zwar für das Bild einsetzen. Jürgen Grollmisch, Vorsteher des Bundesvermögensamtes Köln, dem der Bunker gehört, meinte jedoch, daß es sich bei der antifaschistischen Mahnung nicht um ein Bild, sondern um eine "Schmiererei" handeln würde. Demzufolge ist der Bunker jetzt wieder schön grau. Die Zerstörung des Bildes rief auch in der Presse Empörung hervor. Die antifaschistische Stadteilgruppe schreibt dazu: " Die Stadt Köln will verschweigen und vergessen. Verschweigen, daß es in der Elsaßstraße 1933 Widerstand von Frauen und Männern gegen die Nazis und speziell gegen den SA-Aufmarsch am 3.März 33 gab, während viele der Stadtoberen sich mit den neuen Herrschenden arrangierten."

Weitere Anschläge und Übergriffe aus Anlass von Hitlers Geburtstag in Köln sind nicht bekannt.

Antifaschist zu 7 Monaten verurteilt

Ein Antifaschist, der im Juni 92 gegen eine Veranstaltung der DEUTSCHEN LIGA im Senats-Hotel demonstriert hatte, wurde vom Richter des Amstsgerichtes Krömer am 28. April zu einer Bewährungsstrafe von 7 Monaten verurteilt. Ihm wurde vorgeworfen bei der Demonstration, zwei Fußballfans eine Deutschlandfahne (Wert 9,50 DM???) geraubt zu haben, um sie zu verbrennen.

Nazis in Zollstock

Wieder einmal machen die Nazis in Zollstock auf sich aufmerksam. Dort tauchten am 30. April Flugblätter auf, in denen der Pfarrer der dortigen katholischen Gemeinde wegen seinem antifaschistischen Engagement aufs übelste beschimpft wird. Unterschrieben von einer FAP-Postlageradresse wird zur Gründung von Anti-Anifagruppen aufgerufen. Die Naziaktivitäten in Zollstock sind nicht neu. So brannte schon vor zwei Jahren der Wohnwagen eines äthiopischen Asylbewerbers auf dem Bahnhof Eifeltor nach einem Brandanschlag aus. Ende 91 wurden mehrmals die Scheiben eines türkischen Lebensmittelladens am Gottesweg eingeworfen, nachdem vorher schon Flugblätter aufgetaucht waren, mit der Aufforderung, nicht "bei Türken zu kaufen". Ständig sind Straßen in Zollstock mit Nazi-Aufklebern vollgeplastert. Aufkleber der DL, der NSDAP/AO der FAP des DEUTSCHEN WEG (deren Schatzmeister ist übrigends der in Köln-Mülheim wohnde Wilhelm Kuhl), und anderer Organisationen kleben an den Laternenpfählen. Autos auf denen antifaschistische Aufkleber angebracht waren, wurden die Reifen plattgestochen. Dagegen richtete sich das "Ausländerfreundschaft", das u.a. von Pfarrer Krautkrämer in seiner Gemeinde eingerichtet wurde. Dieses ist jetzt das Ziel der faschistischen Attacken. Nach dem Naziflugblatt solidarisierten sich neben den offiziellen kirchlichen Stellen auch mehrere hundert EinwohnerInnen Zollstocks mit dem Pfarrer.

Nazis im Kolpinghaus

Am 11.5.93 hatten der bekannte Neofaschist Heinz Schmolke und Sebastian Prinz vom Deutschland-Forum der CDU zu einer Veranstaltung mit dem Chefredakteur der "Jungen Freiheit JF" Dieter Stein ins katholische Kolpinghaus in der St.Apern Str. eingeladen. Es sollte ein Lesertreffen der JF stattfinden. Die JF ist in den letzten Jahren zu den bedeutesten Publikationen der "Neuen Rechten" geworden. Die JF deckt ein Spektrum von rechten CDU-Kreisen bis ins militant faschistische Lager ab. Die Veranstaltung wurde vom Kolpinghaus auf Proteste von AntifaschistInnen der VVN abgesagt. Schon in der Vergangenheit war das Kolpinghaus mehrmals Veranstaltungsort für neofaschistische und rechtskonservative Organisation wie z.B. dem "Volksbund Deutscher Ring" (VDR).

Etwa 100 AntifaschistInnen demonstrierten vor dem Kolpinghaus. Die ankommenden Nazis versuchten teilweise, obwohl die Veranstaltung abgesagt war, durch die DemonstrantInnen durchzukommen. Dabei wurden sie von den anwesenden Polizeikräften tatkräftig unterstüzt. Mehrmals prügelten diese auf die DemonstrantInnen ein. Sie setzten auch Hunde ein und versprühten CS-Gas. Einige DemonstrantInnen wurden leicht verletzt. Besonders von Seiten einiger der eingesetzten Zivilpolizisten kam es zu Übergriffen. Mindestens 7 Personen wurden festgenommen. Selbstverständlich allesamt AntifaschistInnen. Einer wurde sogar bis zum nächsten Morgen in Haft gehalten. Derartige Polizeiübergriffe auf antifaschistische DemonstrantInnen hatte es seit Mölln nicht mehr gegeben.

Nachdem die Veranstaltung im Kolpinghaus abgesagt war, zogen ein paar der Nazis zu der Kneipe "Zipfel" am Rudolfplatz. Die DemonstrantInnen zogen jedoch ebenfalls dorthin. Im Zipfel wurde den Nazis vom Wirt Hausverbot erteilt, doch dauerte es mehrere Stunden bis diese unter massiven Schutz der Polizei, die ihnen den Weg durch hunderte von DemonstrantInnen, PassantInnen und AnwohnerInnen prügelte, abzogen. Ein paar von ihnen konnte noch klipp umd klar deutlich gemacht werden, daß sie solche Treffen in Köln, nicht ohne für sie persönliche Konsequenzen abhalten können.

Freispruch für Rouhs

Der DL-Abgeordnete Manfred Rouhs war von der Staatsanwaltschaft der Volksverhetzung angeklagt, wegen einem Artikel in seiner Nazi-Zeitung EUROPA VORN. Derselbe Richter (Krömer), der zwei Wochen vorher einen Antifaschisten wegen des Raubes einer Deutschlandfahne zu sieben Monaten Haft auf Bewährung verurteilt hatte, sprach den Obernazi am 12. Mai frei. Schon ein Jahr vorher hatte Krömer den selben Manfred Rouhs, wegen der gleichen Anklage (Volksverhetzung), in einer andere Sache feigesprochen. Krömer, der schon mehrmals durch drastische Verurteilungen von HausbesetzerInnen und AntifaschistInnen, aber auch dadurch, daß er ganz gerne schon mal Leute wegen Schwarzfahrens in den Knast bringt, von sich hat Reden machen, scheint sein Herz für die Kölner Rechte entdeckt zu haben.

Keine Deportation der Roma

Ca. 40 Roma und deren UnterstützerInnen blockierten am 16. Mai am Hauptbahnhof einen Reisezug nach Polen. Sie wollten damit auf den Beginn der Deportation der Ronma nach Polen im Jahre 1940 erinnern und gleichzeitig gegen die neuerliche Verfrachtung von Roma nach Osteuropa u.a. im Zusammenhang mit dem deutsch-rumänischen Abschiebevertrag protestieren.

DL-Stammtisch in Ehrenfeld

Die Deutsche Liga wolte am 17. Mai einem Stammtisch im Stadtbezirk Ehrenfeld abhalten. Als Ort hatten sie sich die Kantine des Ehrenfelder Rathauses ausgesucht. Dies stieß jedoch weder bei der Verwaltung (die angeblich die Schlößer auswechselte), und erst recht nicht bei etwa 150 DemonstrantInnen auf Gegegenliebe. Ob der DL schon von vornerein die Unmöglichkeit ihres Unterfangens klar war, oder ob sie sich einfach angesichts der DemonstrantInnen nicht trauten, bleibt unklar. Jedenfalls ließen sie sich nicht blicken. Aufgerufen hatte übrigends ein Klaus Dirscherl.

Trauerfeier in Kölner Moschee

In der Ehrenfelder Ditib-Moschee fand am 9. Juni die offizielle Trauerfeier für die fünf ermordeten Türkinnen aus Solingen statt. Neben den islamischen Geistlichen waren auch türkische Offizielle wie z.b. der türkische Regierungssprecher vertreten. Von deutscher Seite waren Seiters, Kinkel, Blüm, Rau, Klose, Süssmuth, Weizsäcker und einige andere PolitikerInnen anwesend. In die Moschee selber wurden nur geladene Gäste und ältere TürkInnen eingelassen. Für die anderen wurde das Ganze auf einer Großleinwand auf einem benachbarten Fußballplatz übertragen. Insgesamt waren etwas über 10.000 Menschen - zu 90% TürkInnen- zu der Trauerfeier gekommen. Ständig wurden Parolen gegen Nazis, ebens00o wie das nationalistische "Die Türkei ist das größte", oder das religiöse "Allah ist groß" gerufen. Als die deutschen PolitikerInnen ankamen, wurden diese mit einem gellenden Pfeifkonzert begrüßt. Die Reden der türkischen Offiziellen wurden ebenfalls teilweise mit Pfiffen bedacht. Die Polizei war die ganze Zeit mit einem Riesenaufgebot von 2000 Beamten vor Ort. Sie sperrten den Weg in die Innenstadt. Nachdem es zu Rangeleien an der Polizeisperre gekommen war, zogen etwa 500 Jugendliche in die andere Richtung über die Venloer Straße (eine Geschäftsstraße) nach Ehrenfeld. Die Polizei, die den Abzug der PolitikerInnen schützte, ließ sich für etwa eine halbe Stunde nicht blicken. In dieser Zeit wurde ein großer Teil der Schaufensterscheiben in der Venloer Straße eingeworfen. Banken, Supermärkte, Sonnenstudios, Spielhallen und auch Kioske und kleine Läden, sowie ein griechischer Imbiß waren die Ziele. Nach einer halben Stunde hatte die Polizei die Lage wieder unter Kontrolle. In der Presse war am nächsten Tag von rechtsgerichteten türkischen Jugendlichen die Rede. Die Zusammensetzung der Jugendlichen war jedoch sehr gemischt. Unter den 500, die die Scherbendemo auf der Venloer Straße machten, waren viele, die den Gruß der Grauen Wölfe machten und sehr viele mit türkischen Flaggen, die aber zum großen Teil Mitglieder der verschiedenen Kölner Gangs waren. Linke türkische oder kurdische Gruppen waren bei der Demo und vor der Moschee kaum vertreten. Der TKP/ML wurde von einigen türkischen Jugendlichen das Mao-Transparent entrissen. Insgesamt gab es laut Polizeiangaben an diesem Tag 42 Festnahmen und etwa 500.000 Dm Sachschaden.

Veranstaltung der Deutschen Liga in Köln

Für den 9. Juni hatte die DL eine Großveranstaltung zum Auftakt des Kommunalwahlkampfes 1994 angekündigt. "Die größte Veranstaltung der Kölner Rechten der letzten Jahre" sollte es werden. Einen Tag vor der geplanten Veranstaltung wurde diese von der Polizei verboten.

Trotzdem versammelten sich Über 2000 Menschen in der Innenstadt um das Treffen zu verhindern. Da das Treffen auch vorm Verwaltungsgericht verboten blieb, wurde eine Kundgebung abgehalten und eine Demo durch die Innenstadt gemacht. Die Polizei war mit einem der größten Aufgebote in der Kölner Geschichte vertreten. Über 2000 Beamte waren im Einsatz. Der gesamte Kundgebungsplatz war von starken Polizeikräften umstellt. Schon vor Beginn der Kundgebung wurden zahlreiche Menschen festgenommen. Gruppen von mehr als drei Türken wurden in der gesamten Innenstadt kontrolliert. Auch bei der Kundgebung wurden am Rande ständig DemonstrantInnen festgenommen. Ca. 50-60 türkische Jugendliche, die mehrere hundert Meter hinter der Demo gingen, wurden von SEK und Bereitschaftspolizei eingekesselt und ziemlich brutal allesamt abgeführt und festgenommen. Insgesamt wurden an diesem Tag 132 (!) Personen festgenommen. Die meisten Festgenommenen waren türkische Jugendliche. Am nächsten Tag stand in der Presse, daß es zu Auseinandersetzungben zwischen rechten und linken Türken gekommen sei. Damit wurde der massive Polizeieinsatz gerechtfertigt. Diese Auseinandersezungen haben NICHT stattgefunden. Der Polizeieinsatz richtete sich direkt gegen die Kundgebung. Die DL-Veranstaltung fiel übrigens aus.

Faschistischer Angriff auf DIDF

Etwa 20-30 türkische Faschisten stürmten am 12. Juni den türkischen Arbeiterverein DIDF in Ehrenfeld. Anwesend waren ca. 14 Menschen, darunter 4 Männer auf die sich die Angreifer stürzten. Bei diesem

Angriff wurden mehre Mitglieder des Vereins verletzt. Zwei davon schwer. Einer wehrte mit der Hand einen Messerstich auf den Bauch ab.. Die Faschisten hatten ihren Angriff von einem türkischen Lokal etwas 150 Meter entfernt, das als Treffpunkt der Grauen Wölfe bekannt ist, ausgeführt. Am nächsten Tag versammelten sich daraufhin 300 Menschen zu einem Fest gegen Rassismus und anschließender Demo vor den Vereinsräumen.

Velbert: Polizei bagatellisiert

Am Abend des 30. April fand in der Velberter Jugendkneipe "Penny Lane" ein Punkkonzert statt. Bereits am Nachmittag hielt sich eine Gruppe von Nazi-Skins und Hooligans aus Essen, Hagen und Velbert im Umkreis des Veranstaltungsortes auf. Dabei wurde an einer Bushaltestelle eine Besuchergruppe von drei Nazis mit Leuchtkugeln beschossen. Unter den Angreifern befanden sich die bekannten Rechtsradikalen Oliver Jaworek und Sascha Köster. Diese beiden erlitten bei der anschließenden Gegenwehr mehrere Platzwunden am Kopf. Offensichtlich als Vergeltungsakion ist der massive Angriff auf das "Penny Lane" gegen 1 Uhr zu verstehen, an dem etwa 30 bis 40 rechte Jugendliche beteiligt waren. Hauptsächlich Essener Hooligans, aber auch einige Skins veruchten, in die Kneipe einzudringen und die Konzertbesucher zu attackieren. Durch entschlossene Selbstverteidigung konnten die Angreifer in die Flucht getrieben werden. Das Resultat: Sechs Nazis wurden mit Verletzungen ins Krankenhaus eingeliefert.

So weit, so gut, allerdings hinterließ dieses Scharmützel in der beschaulichen Kleinstadt deutliche Spuren der Verwüstung: zerstörte Gartenzäune und Schaufenster, demolierte Autos und zwei Verletzte in den Vorgärten - für Velbert ein einschneidendes Ereignis. Bei den nächtlichen Vorfällen zeigte sich, daß die örtliche Polizei völlig überfordert war. Auf Vorwürfe aus der Nachbarschaft, warum z.B. die Notruf-Nummer 110 minutenlang nicht besetzt war, entgegnete der Leiter der Schutzpolizei, Henri Schmidt: "Wer die 110 wählt, hört nie ein Besetztzeichen. Wenn die Leitungen besetzt sind, kommt der Anrufer in eine Warteschleife und hört das Freizeichen." Außerdem sei "in dieser Nacht besonders viel los gewesen." "Im übrigen", so Schmidt weiter, "gibt es keine Hinweise auf organisierte Skinheads oder andere Gruppen". Die 20 Jugendlichen, die sich untereinander geprügelt hätten, gehörten zu "Randgruppen, mit denen der Bürger leben, aber keine Angst haben muß".

In die gleiche Kerbe schlug Wolfgang Rohr, Leiter der Schutzpolizei im Kreisgebiet Mettmann. Es gebe keine Anhaltspunkte für eine organisierte rechte Szene in Velbert. Als Ursache für die Auseinandersetzungen am 30. April schloß Rohr rechtsradikale Tendenzen aus: "Für uns gibt es keine Anzeichen, in dieser Richtung zu ermitteln."

Anwohner sehen diese Einschätzung jedoch völlig anders. In zahlreichen Leserbriefen wurde das sehr späte und zurückhaltende Vorgehen der Polizei genauso kritisiert wie das systemati-



Schemaitat (li), Schonsky (oben), Rosenberger, Jaworek (re)

sche Herunterspielen der wirklichen Ereignisse. Auszug aus einem Brief an die "Westdeutsche Allgemeine" (WAZ): "... die friedlliche Musikveranstaltung (...) wurde um 0 Uhr durch den aggressiven Aufmarsch von deutlich der rechten Szene zuzurechnenden Jugendlichen zu einem jähen Ende gebracht. Wir haben kein Verständnis für die Definitionsangst der Polizei. Schreie wie "Ausländer raus", "linke Zecken" und "Asylantenschweine" konnten leider von den so hoch geschätzten Ordnungshütern nicht wahrgenommen werden, da diese sich erst nach dem blutigen Ende, das heißt etwa 45 Minuten später mit 2 - und nicht wie behauptet mit 12 Beamten - am Tatort zeigten".

Auch das polizeiliche Statement "keine Anhaltspunkte für rechtsradikale Tendenzen in Velbert" zeugt von bewußter Ignoranz bestehender Tatsachen. Bereits vor zwei Jahren besetze eine Gruppe von Nazi-Skins ein Haus in der Velberter Innenstadt, von dem zahlreiche Übergriffe ausgingen. Zu den Bewohnern gehörten u.a. Remo Schonsky, Klaus Rosenberger, Oliver Köster, Volker Schemaitat und Oliver Jaworek. Diese Typen mußten sich im Herbst '92 vor dem Jugendgericht Mettmann verantworten. Es ging vor allem um zahlreiche Körperverletzungsdelikte aus der Zeit der Besetzung. Oliver Köster und Oliver Jaworek stehen auf der Mitgliederliste der mittlerweile verbotenen "Deutschen Alternative", deren NRW-Abspaltung nun "Der Deutsche Weg" heißt. Rosenberger und Schonsky sind in der Vergangenheit als Mitglieder der FAP aufgetreten, ersterer nahm auch schon am jährlichen "Rudolf-Heß-Gedenkmarsch" in Wunsiedel teil. Der Stützpunktleiter der ehemaligen DA-Ortsgruppe Velbert-Heiligenhaus, der 23jährige Michael Kittler, sitzt übrigens zur Zeit eine 45monatige Haftstrafe wegen diversen Körperverletzungen in der JVA Iserlohn ab.

Mönchengladbach: 24jähriger verurteilt

Mit einer Luftpistole hatte im März 1992 ein 24jähriger Mann aus Grevenbroich auf einen türkischen Jungen geschossen. Sein Motiv war Ausländerhaß. Für die Tat verurteilte ihn das Amtsgericht Mönchengladbach am 28. Mai zu zweieinhalb Jahren Haft.

Mönchengladbach: BGH revidiert Urteil

Im Oktober 1991 hatte ein Mönchengladbacher offenbar grundlos mit mehreren Messerstichen auf einen Türken eingestochen und den Mann dabei lebensgefährlich verletzt. Der Täter wurde zunächst wegen versuchten Mordes zu zwölf Jahren Haft verurteilt. Der Bundesgerichtshof konnte sich der Einschätzung, daß es sich bei der Tat um einen Mordversuch handelte, nicht anschließen und hob das Urteil auf. In der erneuten Verhandlung vor dem Landgericht Mönchengladbach fiel das Urteil für den Angeklagten dann auch entsprechend milder aus: siebeneinhalb Jahre Haft wegen versuchten Totschlags.

Xanten: Treffen der "Gesellschaft für Europäische Urgemeinschaftskunde"

Die "Gesellschaft für Europäische Urgemeinschaftskunde - Hermann Wirth Gesellschaft" führte vom 7. bis zum 10. Mai eine öffentliche Vortragsreihe in Xanten durch. Als Referenten waren Prof. Dr. Vroege, Dr. Ritter-Schaumbutg, Dr. Claus Weber, Dr. Julia Obladen-Kauder und Dr. Heintsch geladen. Neben den Vorträgen beinhaltete das Programm noch die Besichtigung des Rathauses, des Doms und des Archäologischen Parks.

Die "Gesellschaft für Europäische Urgemeinschaftskunde" mit Sitz in Kolbermoor/Bayern versteht sich in der Tradition Hermann Wirths und will dessen "Urgemeinschaftskunde fortführen und möglichst vielen Menschen näherbringen." Hermann Wirth war ab 1925/26 NSDAP-Mitglied und machte im NS-Staat eine steile Karriere. 1935 wurde er von H. Himmler in die "Studiengesellschaft für Geistesgeschichte" berufen. Innerhalb der SS hatten germanische und pseudogermanische Traditionen einen hohen Stellenwert. Wirth rief auch die "Stiftung Ahnenerbe" ins Leben.

Für die Veranstaltung in Xanten wurde in dem österreichischen Heidenblatt PenTuisko geworben.

Vereinigte Rechte in Neuss?

In Hinblick auf die Kommunalwahlen versucht in Neuss ein "Bürgerforum" einen geschlossenen Wahlantritt der Rechtsextremen zu organisieren.

Das "Bürgerforum" gibt ein Nachrichtenblatt heraus, daß bei dem einschlägig als Faschisten bekannten Hans-Joachim Böhme bestellt werden kann (Nordkanalallee 78 in Neuss). Die gesamte Familie Böhme ist vor allem im Zusammenhang mit Aktivitäten der "Wiking-Jugend" in Erscheinung getreten (WJ-Beschaffungsstelle) und taucht u.a. auch in dem Adreßbuch Michael Kühnens auf.

Niederrhein

Jülich: Verkauf der Nationalzeitung eingestellt

Am Samstag den 12. Juni hat die Antifa Jülich eine Aktion gegen einen Kiosk in Jülich gemacht. Dieser Kiosk ist der einzige Ort in Jülich an dem die Nationalzeitung gekauft werden kann. Die mehrfachen Aufforderungen seitens der Antifa zum Verkaufsstopp wurden vom Besitzer und dem Personal ignoriert.

Im folgenden erschienen Antifa-Leute mit Flugblättern und Transparenten vor dem Kiosk und riefen zum Boykott auf. Die Resonanz war gut. Viele kauften ihre Zeitungen woanders. Eine Firma drohte mit der Kündigung der Geschäftsverbindungen zum Kiosk und Kunden wollten eine Unterschriftenaktion starten. Da die zu erwartenden finanziellen Einbußen wohl zu groß gewesen wären und zudem die Antifa androhte, solange wiederzukommen, bis keine Nazipresse mehr verkauft werden würde, wurde bereits am auf die Aktion folgenden Montag der Verkauf der Nationalzeitung eingestellt.

Jülich: Brandanschlag auf Flüchtlingsunterkunft

Bei einem Brandanschlag auf ein von 20 Flüchtlingen bewohntes Haus wurde das Gebäude so schwer beschädigt, daß es jetzt abgerissen werden soll. Verletzt wurde niemand. Für die Polizei gibt es natürlich keine Anzeichen für eine rassistische Straftat. Sie geht sogar noch weiter. Die Vorgehensweise der Täter sei "atypisch für einen klassischen rechtsradikalen Anschlag", da der Brand im Haus und nicht außen am Haus gelegt wurde. An der Jülicher Polizei ist offenbar die jüngste Entwicklung wie Nazis Häuser anstecken vorbeigegangen. Spätestens seit dem Solinger Anschlag gibt es zahlreiche Beispiele für Brände, die innerhalb von Wohnhäusern gelegt wurden.

Ostwestfalen

Bad Oeynhausen: Militanter Republikaner

Als die Polizei am 2. April die Wohnung des stellvertretenden Kreisvorsitzenden der Republikaner in Bad Oeynhausen dursuchte, fand sie neben Propagandamaterial auch Waffen. Der jungdynamische Vertreter der "demokratischen" Partei las unter anderem Schriften der NSDAP-Aufbauorganisation und der verbotenen Nationalistischen Front. Er besaß mehrere Gas- und Schreckschußrevolver sowie ein Gewehr K 98. Auch 500 Schuß Munition fanden sich in seiner Wohnung. In der üblichen "Wir haben eine weiße Weste"-Erklärung teilte der Landesvorstand der REP anschließend mit, daß "der Kreisverband Herford aufgelöst worden sei".

(Quelle: Antifaschistische Nachrichten)

Detmold: Nazi in Richterrobe

Auch nachdem dem rechtsradikalen Deutschen Arbeitnehmer-Verband (DAV) das Vorschlagsrecht für die Besetzung ehrenamtlicher ArbeitsrichterInnenstellen von der Landesregierung entzogen wurde (siehe Bericht in der letzten Ausgabe), sind weiterhin Nazis als Arbeitsrichter tätig. Am Detmolder Arbeitsgericht wirkt unter der Richterrobe der Faschist Roland Martini, der seit etwa zwei Jahrzehnten in der rechten Szene aktiv ist. 1976 trat er als NPD-Kandidat auf. 1991 wurde er zum Generalsekretär des Dachverbandes Deutscher Interessen gewählt, eine aus Mitgliedern von 15 rechtsradikalen Organisationen gebildete Sammlungsbewegung. Seit 93 diesem Jahr richtet er in Detmold, für das Amt hatte ihn der DAV vorgeschlagen. Die ÖTV fordert seine Entlassung.

Anklage wegen versuchten Mordes erhoben

Durch eine kriminaltechnische Untersuchung kam die Polizei zwei Detmoldern auf die Spur, die in der Silvesternacht 1992/93 von ihrer Wohnung aus

Schüsse auf ein Aussiedlerheim abgefeuert hatten. In dem Gebäude befanden sich zwanzig Aussiedler, die nur zufällig nicht getroffen wurden. Das Motiv der beiden Schützen war offensichtlich Ausländerhaß. Gegen die beiden 36 und 38 Jahre alten Männer hat die Staatsanwaltschaft am 5. Juni Anklage wegen versuchten Mordes erhoben.

Wupppertal: Unerträgliche Zustände in Abschiebeknästen

Auch in Wuppertal wird es demnächst eine spezielle Haftanstalt für Flüchtlinge geben, die abgeschoben werden sollen. Gleich neben dem Ausländeramt wird am Sedansberg ein solcher Knast eingerichtet. Er ist als Ergänzung zu dem in Wuppertal geplanten Sammellager zu sehen, wo in gestrafften Schnellverfahren nach einem drastisch eingeschränkten Asylrecht kaum noch ein Flüchtling die Chance haben wird, politisches Asyl zu erhalten.

Bereits seit dem letzten Jahr werden in ganz NRW solche Haftanstalten eingerichtet. Die Zustände in diesen Knästen sind unerträglich. In der Abschiebehaftanstalt Gütersloh, wo etwa 90 Flüchtlinge auf die Abschiebung warten, unternahm ein junges Mädchen im Frühjahr einen Selbstmordvesuch. Die Anstaltsleitung benachrichtigte die Polizei nicht, was bei Suizidversuchen ansonsten üblich ist. NRW-Justizminister Krumsiek, vom WDR zu diesem Vorfall befragt: "Wir werden uns daran gewöhnen müssen, daß es Tumulte, Aggressionen, Suizidversuche und auch vollendete Suizide in Abschiebehaftanstalten gibt". Krumsiek hält die Maßnahmen in der Gütersoher Abschiebehaftanstalt, wo Flüchtlinge wie Kriminelle behandelt werden, für gerechtfertigt. Auch tagsüber werden dort Flüchtlinge in ihren Zellen eingeschlossen.

In Herne gibt es bereits seit dem Oktober letzten Jahres eine Abschiebehaftanstalt unter Leitung der Justiz-Vollzugsanstalt Castrop-Rauxel. Amtshilfe bei Abschiebungen in Kriegs- und Krisengebiete leistet die Stadt Herne. Am 10. November verbarrikadierten sich dort vier afrikanische Männer, um sich gegen ihre bevorstehende Abschiebung zur Wehr zu setzen. Polizei und Feuerwehr brachen ihren Widerstand, die Männer der Gruppe wurden getrennt in anderen Haftanstalten untergebracht.

Im Januar und März dieses Jahres befanden sich in der Herner Anstalt rumänische Flüchtlinge im Hungerstreik. Rumänien, wo immer wieder Pogrome gegen Roma ausgeübt werden, gilt seit der Einschränkung des Asylrechts als "sicheres Herkunftsland". Nach Meinung einer Funktionärin der Stadt Herne sei "der Ausländer" schließlich selber schuld, wenn er in eine Abschiebhaftanstalt kommt. Sie Stadt weist jede Mitverantwortung zurück.
(Quelle: Antifaschistische Nachrichten)

REPs verjagt

Einen schlechten Start hatten die Wuppertaler Republikaner mit ihrem Wahlkampf für das kommende Jahr, den sie Anfang Mai begannen. Im Ortsteil Ronsdorf versuchten sie, Flugblätter zu verteilen. In ihren Pamphleten forderten sie unter anderem die völlige Abschaffung des individuellen Rechts auf politisches Asyl und hetzten über angeblich milliardenschweren Asylmißbrauch.

Trotz des Schutzes durch den "Deutschen Hochleistungs-Kampfkunstverband" des Solingers Bernd Schmitt, in dem die vier Tatverdächtigen des Solinger Brandanschlags aus und ein gingen, mußten die Republikaner schnell das Feld räumen. 20 "Autonome" so die Westdeutsche Zeitung, setzten internationale Kampftechniken gegen die deutschen Künste ein.



Trotz DHKKV-Schutztruppe: Die Wuppertaler REPs müssen einpacken

Es ist zu befürchten, daß die Wuppertaler Republikaner bei den Kommunalwahlen im kommenden Jahr antreten werden. Wie andernorts auch werden sie sich als Demokraten in der Öffentlichkeit darstellen. Die Zusammenarbeit mit der militant-rechtsradikal orientierten Kampfsportgruppe aus Solingen zeigt einmal mehr, wo die Republikaner tatsächlich stehen.

Erneute BIFAS-Hetze

Ende letzten Jahres, als die rassistische Gewalt in Wuppertal ihren Höhepunkt erreichte, kündigte Heinz Baumgarten aus Wuppertal neue Aktivitäten der "Bürgerinitiative für Ausländerstopp" (BIFAS) an. Etwa zeitgleich mit den Schändungen des jüdischen Friedhofs in der Hugostraße, den Zerstörungen an der griechischen Schule, dem Überfall auf das Wohnheim für AsylbewerberInnen in der Albertstraße und dem antisemitischen Mord an Karl-Hans Rohn inserierte Baumgarten in der Parteizeitung der faschistischen Deutschen Liga zwecks Wiederaufleben der BIFAS (wir berichteten). Zwei Tage nach dem Brandanschlag in Solingen, der fünf Frauen und Mädchen mit türkischer Staatsangehörigkeit das Leben kostete, versendete Baumgarten am 31. Mai bundesweit Hetzmaterial per Fax. Ende Juni wurden in seiner Nachbarschaft BIFAS-Flugblätter in den Briefkästen gefunden.

Baumgarten war in den 80er Jahren Chef der BIFAS und arbeitete mit den Solinger Faschisten Bernd Koch und Wolfgang Schlösser zusammen. Die beiden Solinger wiederum waren zuletzt im Hintergrund des Solinger Brandanschlags aktiv.

Versicherungen diskriminieren ImmigrantInnen

InländerInnen mit der türkischen oder einer anderen Staatsangehörigkeit haben es schwer, ihr Auto bei einer Vollkaskoversicherung zu versichern. Nach Auskunft eines Mitglieds des Bezirksverbandes Wuppertal im Bundesverband Deutscher Versicherungskaufleute gibt es Versicherer, die ihre Karteien auf sogenannte "Ausländer" bereinigen. Zu mehr als der gesetzlich vorgeschriebenen Haftpflicht sind die Versicherungsgesellschaften nicht verpflichtet. Bereits bei Bagatellfällen werden vielfach die Verträge von ImmigrantInnen durch den Versicherer gekündigt. In einem Fall sei ein Versicherungsvertreter von höherer Stelle aufgefordert worden, seine Kartei bis zum 1. Januar 1994 von ImmigrantInnen zu "befreien", auch wenn diese seit Jahren keine Unfälle verursacht haben.

Sie gelten vielfach automatisch als Risikogruppe. ImmigrantInnen, die eine Kaskoversicherung für ihr Auto abschließen wollen, müssen nicht nur mehr Prozente bezahlen, sondern oftmals auch gleichzeitig eine für die Versicherungsgesellschaft lukrative Lebensversicherung mit abschließen. Ansonsten haben sie allenfalls eine Chance auf einen Kasko-Versicherungsschutz, wenn beispielsweise alte Geschäftsverbindungen bestehen oder wenn Tricks angewendet werden, die die Nationalität des Versicherten verschleiern.

Vertriebene von der Stadt gefördert

Mitte Juni unterzeichneten VertreterInnen der Stadt Wuppertal die Verträge für die achte Städetpartnerschaft Wuppertals mit dem polnischen Legnica. An den Begegnungen nahm auch der Vorsitzende der Bundesgruppe "Liegnitz", Dr. Gerhard Kaske, als Vertreter der Vertriebenen teil. Vertriebene sollen bewußt in die Städtepartnerschaft mit einbezogen werden.

Nicht nur die Bundesgruppe "Liegnitz" wird von der Stadt Wuppertal gefördert. Als im Mai im Stadtrat die Städtepartnerschaft beschlossen wurde, wurden dem rechtslastigen Bund der Vertriebenen (BdV) auch gleich noch kostenlose städtische Räume zur Verfügung gestellt. Der BdV ist äußerst umstritten, andernorts gehen insbesondere SPD-PolitikerInnen auf Distanz zu dem Verein, der sich nach Meinung von VertreterInnen der Stadt Meerbusch ein Deutschland in den Grenzen von 1937 wünscht. Die Stadt Meerbusch strich dem BdV im letzten Jahr alle Zuschüsse. Ebenfalls gestrichen wurden die Zuschüsse des Landes NRW für die Gedenkstätte des Deutschen Ostens auf Schloß Burg in Solingen. Das Land sieht das Denkmal aufgrund der politischen Veränderungen als überflüssig an.

Immer wieder werden Verbindungen des BdV ins neofaschistische Lager deutlich. Beispielsweise mußte BdV-Vorstandsmitglied Albert Reich im Mai von seinem Posten als Leiter des staatlich finanzierten Hauses der Heimat zurücktreten. Grund waren faschistische Äußerungen in einem Brief. Auch von seinen Ämtern beim BdV trat er zurück.

Der BdV hält es nicht immer für nötig, seine Verbindungen ins neofaschistische Lager zu verbergen. Als letztes Jahr der Kreisverband Wanne-Eickel des BdV seinen "Tag der Heimat" feierte, stand der faschistische Liedermacher Frank Rennicke (Wiking-Jugend) auf der Bühne. Im Saal zeigten sich Skinheads und Mitglieder des Neonazi-Spektrums.

Die Bundesregierung und Teile der Wirtschaft arbeiten Hand in Hand mit dem revanchistischen Verband zusammen. Hartmut Koschyk, BdV-Funktionär und Bundestagsabgeordneter der CSU, eröffnete im März ein deutsch-russisches Haus in Kaliningrad. In seiner Ansprache ließ er Gebietsansprüche offen. Die Bundesregierung investierte 8 Mio. DM zur Umsiedlung sogenannter Deutschstämmiger in die Region Kaliningrad. Das deutsch-russische Haus wurde von der Stiftung Königsberg mitfinanziert. Diese von Großunternehmen getragene Stiftung fordert eine Freihandelszone als Brückenkopf im baltischen Raum. Etwa zeitgleich mit der Eröffnung des deutch-russischen Hauses warnte der russische Außenminister, es gäbe rechtsextremistische Gruppen in Deutschland und Nachbarstaaten, die die Pläne einer Annexion der Region Kaliningrad noch nicht aufgegeben hätten.

Die Stadt Wuppertal hat selbst bereits schlechte Erfahrungen mit dem BdV gemacht, wie die Grünen berichteten. Der BdV habe schon einmal einen städtischen Zuschuß nicht zweckentsprechend verwendet. Über den Verbleib von 19.000 DM aus der Stadtkasse wurde kein Nachweis erbracht. Offensichtlich genießt der BdV bei der Wuppertaler SPD Narrenfreiheit.

Brandanschläge und Drohungen

Nicht ganz zwei Wochen nach dem verheerenden Brandanschlag in Solingen warnte die Polizei InhaberInnen türkischer Geschäfte und türkische Kulturvereine vor bevorstehenden Anschlägen in Wuppertal. In der darauffolgenden Nacht brannte es am 10. Juni gegen fünf Uhr in zwei Häusern in der Wuppertaler Helmholtzstraße. Menschen kamen nicht zu Schaden. Die Helmholtzstraße liegt in einem Viertel mit hohem Anteil an ImmigrantInnen.

Vorausgegangen waren Drohungen an Geschäfte und Familien. Massivem Terror war ein türkisches Geschäft im Ortsteil Unterbarmen ausgesetzt.

Eine Nacht nach den polizeilichen Warnungen vor einem bevorstehenden Anschlag in Elberfeld versuchten bislang Unbekannte in das Geschäft einzudringen. Ihrem Aussehen nach sind sie der rechten Szene zuzuordnen. Die Inhaberin des Ladens konnte die beiden verjagen. Wie sich später herausstellte, hatten sie urprünglich versucht, in den Hausflur des von ImmigrantInnen bewohnten Hauses einzudringen. Einer der Einbrecher trug ein Armeehemd in Tarnfarben, er hat kurze blonde Haare, an den Seiten ausrasiert. Der andere ist mittel- bis dunkelblond, die beiden sind Anfang bis Mitte 20, vermutlich Deutsche.

Vor dem Einbruchversuch hatten die Inhaberin des Ladens einen merkwürdigen Anrufen eines angeblichen Polizisten erhalten, der die Inhaberin aufforderte, eine Anzeige in einer polizeiinternen Zeitung aufzugeben. In der Anzeige sollte sie den angeblich vorbildlichen Schutz der ImmigrantInnen durch die Polizei bestätigen. Als sie nicht darauf einging, wurde der Anrufer pampig.

Einige Wochen zuvor wurde schon beobachtet, daß Skizzen von dem Gebäude angefertigt wurden. Bei einem anderen Vorfall nach dem versuchten Einbruch fotografierten drei Typen das Haus. Sie hatten dort ein Armeemotorrad aufgestellt und taten so, als würden sie das Motorrad fotografieren. In der unmittelbaren Nachbarschaft des Polizeipräsidiums tauchten drei junge Männer auf, die ebenfalls Drohungen gegen den Inhaber und die Inhaberin des Geschäftes ausstießen. Sie kamen aus einer Spielothek und trugen Baseballschläger. Und auch noch eine Woche nach dem versuchten Einbruch wurde das Geschäft nachts beobachtet.

Von der Polizei erhielten die Bedrohten die Auskunft, daß keine zusätzlichen Streifen gefahren werden können. Nicht jedes Gebäude in Wuppertal könne von der Polizei regelmäßig kontrolliert werden. Dennoch wollen die BeamtInnen die Augen offen halten. Die Betroffenen riefen zu einer BürgerInnenversammlung auf, wo über Möglichkeiten beraten werden soll, sich vor rechtem Terror zu schützen.

Zweieinhalb Stunden nach dem versuchten Einbruch in Unterbarmen brannte es dann in den Kellern der beiden Häusern in der Helmholtzstraße in Elberfeld. Wie eine Bewohnerin eines der beiden Häuser berichtete, sollen die Brandstifter ebenfalls versucht haben, in verschiedene Türen einzudringen. In den Häusern, in denen sie mit ihren Einbruchsversuchen Erfolg hatten, legten sie Feuer. In einem der beiden Häuser wohnen ausschließlich deutsche Staatsangehörige, in dem anderen WuppertalerInnen mit verschiedenen Nationalitäten. Da auch in der Helmholtzstraße rassistische Drohanrufe eingegangen waren, waren die AnwohnerInnen vorbereitet und be-

merkten die Brände schnell. Noch zwei bis drei Wochen später wurden in Wuppertal Brände gelegt, über deren Hintergrund nichts bekannt wurde. Unter anderem in der Elberfelder Marienstraße und in einem Wohnheim für Flüchtlinge und Obdachlose in Barmen. In einigen Vierteln entstanden nachbarschaftliche Initiativen, die nachts Streife fuhren und Informationen sammelten.
(Quelle: Wupper Nachrichten)

Hartes Urteil gegen Rechte

Zwei Wuppertaler hatten sich Mitte Mai vor dem Jugendgericht zu verantworten, weil sie am 18.12.1992 auf dem Weg nach Vohwinkel einen Tamilen zusammengetreten haben. "Die Negersau" trug ihrer Meinung nach ungerechtfertigterweise eine Tasche in den deutschen Nationalfarben. Die beiden Täter wurden wegen des Überfalls aus nationalistischen und rassistischen Motiven zu Jugendstrafen verurteilt. Der 19jährige erhielt 5 Jahre und 6 Monate Haft unter Einbeziehung einer 15monatigen Jugendstrafe, der 20jährige wurde zu 2 Jahren und 3 Monaten Haft verurteilt, ebenfalls ohne Bewährung. Die Anklagepunkte waren Raub und schwere Körperverletzung. Beide waren im Oktober 1992 an dem Überfall auf das Asylbewerberheim in der Albertstraße beteilgt. Die Sachbeschädigung durch die beiden Steinewerfer wurde in dem Strafmaß berücksichtigt. In der Urteilsbegründung erklärte der Richter die harten Strafen als Warnung für mögliche Nachahmer.

Provokation geahndet

Zwei Angetrunkene stellten sich am Tag der Lichterkette für die Möllner Opfer provokativ auf den Balkon und gröhlten mit nach oben gerecktem Arm "Sieg Heil, Heil Hitler". Als die Polizei die Personalien der beiden feststellen wollte, entdeckten sie außerdem Hakenkreuzgeschmiere an der Wohnzimmertür. Die Anklagepunkte vor Gericht waren Verwendung von Gruß und Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen. Beide hatten noch Bewährungsstrafen offen, einer wegen eines Diebstahls, der andere wegen eines Überfalls auf Passanten in der Barmer Innenstadt. Sie gehören angeblich keinen rechtsradikalen Organisationen an, "stammen aber aus asozialen Familien". Das Jugendschöffengericht verurteilte am 5. Juni den 19jährigen unter Einbeziehung der Vorstrafe zu zwei Jahren und sieben Monaten Jugendstrafe, den 18jährigen wegen seiner günstigeren Sozialprognosen zu einer Bewährungsstrafe von einem Jahr und drei Monaten.

Prozeß wegen Friedhofsschändung

Der Prozeß am 12. Juni gegen die beiden 13 und 14 Jahre alten Jugendlichen, die vor einem Jahr den jüdischen Friedhof in Wuppertals verwüstet hatten, ergab für den älteren der beiden eine Bewährungsstrafe von einem Jahr und drei Monaten. Außerdem muß der Angeklagte weiterhin in einem Heim leben. Auch der 13jährige war aus erzieherischen Gründen nach der Tat in einem Heim untergebracht worden, in dem er weiter bleiben soll.

Bewährungsstrafen für Angriff auf Flüchtlingsheim

Vier Wuppertaler standen am 22. Juni wegen des Überfalls auf das Asylbewerberheim in der Albertstraße vor Gericht. Die 16 bis 23 Jahre alten Angeklagten gaben an, sie hätten sich verabredet, um "Polaken zu klatschen" und seien, nachdem sie in der Barmer Innenstadt nicht fündig geworden seien, vor das Heim in der Albertstraße gezogen. Dort haben sie zunächst mit einer Gaspistole in die Luft geschossen und anschließend das Haus mit einem Hagel von Schottersteinen beworfen. Die Polizei wurde verständigt und konnte die flüchtigen Täter in einer leerstehenden Villa in der Nähe des Tatortes stellen.

Wegen Sachbeschädigung verurteilte der Jugendrichter die Angeklagten zu Jugend- bzw. Freiheitsstrafen von 6 Monaten auf Bewährung und zu Geldstrafen zwischen 500.- DM und 2000.- DM je nach Einkommen. In seiner Begründung führte Jugendrichter Kühltau aus, daß eine spürbare Strafe zur allgemeinen Abschreckung erforderlich sei. Wenn auch der Sachschaden gering geblieben sei, sei die Tat keine Lapalie.

Donnerstag, 3. Juni 1993 Nr. 126/22 60 Pf

Bild

UNABHÄNGIG · ÜBERPARTEILICH
KÖLN

Leser-Telefon: 0221/160440

Christian (16): Er tat das Unbegreifliche allein.

Die 5 Toten von Solingen

Er war's ganz allein

Nach 6 Jahren frei – Mutter versteckt sich

...erlichkeiten aufgefordert

...gen: Morde offenbar von Einzeltäter verübt



WZ

Die Überparteiliche

Deutschland im Zeichen der Trauer

16jähriger Einzeltäter von Solingen

Ermittler gehen jetzt von Einzeltäter aus / „Tiefer Ausländerhaß“

Tatverdächtiger von Solingen kommt aus der Nachbarschaft